

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 13. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,  
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragene in die Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
3 Mark, für das übrige Ausland  
5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsheftige Kolonnen-  
zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
vollständige und gewerkschaftliche Berichts-  
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,  
„Kleine Anzeigen“, das erste (Zett-  
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

### Königsberger Urteilsgründe.

II.

„Es ist zweifellos.“ „Es ist offenbar.“ „Es besteht kein Be-  
denken gegen die Annahme.“ „Es ist leicht verständlich.“ „Es ist  
eine festgestellte Tatsache.“ „Es ist erwiesen“ usw.

Jeder Kenner reichsdeutscher Urteilsbegründungen weiß, daß  
keine Formeln eine solche Rolle in dieser Art spielen, wie  
diese und ähnliche Feststellungen unumstößlicher Wahrheit. Jeder  
Richter hat das berechtigteste Interesse, seine Urteilsbegründungen gegen  
Anfechtungen durchs Reichsgericht zu hanzern. Da es  
in Deutschland gegen Strafkammer-Urteile keine Berufung  
gibt, so ist ja das Reichsgericht die einzige Instanz, die seine  
Entscheidungen noch zu Falle bringen könnte. Da aber das Reichs-  
gericht nicht die materielle, sondern nur noch die formelle Nach-  
prüfung zu erledigen hat, so folgt daraus, daß der Richter der  
ersten Instanz sich gegen formale Verstöße in erster Linie zu sichern  
bestrebt sein muß. Mag die sachliche Rechtsfindung noch so be-  
denklich und falsch sein, wenn nur der Irrtum und die Beweis-  
losigkeit in der Form einer unumstößlichen tatsächlichen Fest-  
stellung gegeben ist, so ist er gegen die Anfechtungen des Reichs-  
gerichts gesichert. Daher kommt es denn, daß die Versicherungen un-  
zweifelhafter Feststellungen in den Urteilsbegründungen um so  
lippiger wuchern, je brüchiger das kunstbaumwollene Gewebe des  
Urteils ist. Wird immer wieder die Feststellung als zweifellos, als  
augenscheinlich, als notorisch, als selbstverständlich, als über  
jedes Bedenken erhaben hingestellt, so kann man stets darauf  
rechnen, daß sich hinter dieser formellen Sicherheit der  
Feststellung die traurige Einsicht verbirgt, daß eigentlich gar nichts  
festgestellt ist, oder daß gar das Gegenteil von dem erwiesen ist,  
was dem Reichsgericht als festgestellt unterbreitet wird. Es mag  
gehört sein, daß die Urteilsbegründung als wahr-  
heitsgemäße Feststellung bezeichnet, nach der heutigen Praxis genügt  
es für das Reichsgericht, daß etwas festgestellt ist, um es als einwand-  
frei gelten zu lassen. Es folgt daraus, daß eine kluge Prozeß-  
führung eigentlich jede Behauptung des Angeklagten durch einen  
Widerbeweis zu widerlegen muß, und daß man in dieser Hinsicht den Ge-  
richtern nicht das mindeste Vertrauen entgegenbringen darf. Häufig  
verzichtet der Angeklagte und dessen Verteidiger auf die Beglaubigung  
einer Behauptung durch einen Widerbeweis, weil man aus dem Verhalten  
des Gerichts schließt, daß die Behauptung nicht in Zweifel gezogen wird.  
Nicht selten aber entdeckt man dann in der Urteilsbegründung, daß  
das Gegenteil der Behauptung des Angeklagten als wahr  
unterstellt ist; und gegen diese nachträgliche „Feststellung“ in der  
Urteilsbegründung ist der Angeklagte vollständig wehrlos.

Die allgemeinen Darlegungen treffen auf den zweiten Teil der  
Urteilsbegründung in Königsberger Prozeß ganz und gar zu. Dem  
Verfasser des Schriftstückes waren in diesem Falle die Feststellungen  
erschwert, weil die Verteidigung in der ausgedehntesten Weise das  
Hilfsmittel des formellen Widerbeweises benutzte, und dennoch  
erlebte man die verblüffende Erscheinung, daß an den Punkten, wo  
ein formeller Widerbeweis als überflüssig nicht gestellt oder als  
allgemein zugestanden zurückgezogen wurde, die Urteilsbegründung  
prompt mit „Feststellungen“ arbeitet, die zweifellos seien, während  
in Wirklichkeit das Gegenteil zweifellos ist.

Um das Delikt der Geheimbündelei konstatieren zu können,  
war es notwendig, vier Thatbestands-Indizien „festzustellen“: erstens  
daß eine Verbindung bestand, die eine Unterordnung des  
Willens einzelner unter einen Beschluß oder Auftrag für längere  
Dauer herstellte; zweitens mußte eine Geheimhaltung der  
Verbindung vor der Staatsregierung beabsichtigt gewesen sein;  
drittens mußten die Angeklagten Mitglieder, Teilnehmer, der Ver-  
bindung sein; und viertens war festzustellen, daß die Verbindung  
auf öffentliche Angelegenheiten des Deutschen Reichs  
Einfluß zu üben bezweckte.

Alle vier Thatbestandsmerkmale der Geheimbündelei sind in  
Königsberg nicht erwiesen worden und waren überhaupt nicht er-  
weisbar, weil sie in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Dennoch  
wird in der Urteilsbegründung zum Teil unter Feststellung  
offenkundig falscher Thatfachen das Vorliegen des zu erfüllenden  
Thatbestandes behauptet. Der Angeklagte Nowagroski hat in  
seinem ganzen langen Leben einmal binnen vier Wochen vier Schriften-  
sendungen empfangen, von denen einzelnen noch dazu der Verdacht  
besteht, daß sie von Agenten der russischen Polizei abgefaßt worden  
sind. Das ist die Verbindung von längerer Dauer und die  
Unterwerfung unter einen fremden Willen. Danach würde  
jeder Deutsche, der etwa zweimal sich zu der Gefälligkeit verstanden  
hat, als Dedadresse zu dienen, als Mitglied einer Verbindung auf  
längere Dauer zu gelten haben. Es ist bekannt, daß wohl der  
ganze Zeitungs-Korrespondenzdienst von und nach Rußland wegen der  
russischen Postunsicherheit und der russischen Censur mit Dedadressen  
arbeitet. Es gibt demnach wohl kaum einen Zeitungsredakteur oder  
Journalisten, der zu Rußland Beziehungen unterhält, der nicht eine  
Verbindung im Sinne dieser Urteilsbegründung unterhält.

Die Geheimorganisation des deutschen bürgerlichen Buchhandels, der  
natürlich durchweg auf den Schmuggelweg nach Rußland angewiesen  
ist, steht zu der in Königsberg bestrafte Verbindung in einem Ver-  
hältnis wie der Saurianlar zu den Nebbergen, wie das deutsche  
Heer zu der Armee des Fürstentums Lichtenstein.

Die „Verbindung“ wird aber noch weiter aufgepußt. Alle sach-  
verständigen Zeugen haben angegeben, daß die verschiedenen Rich-  
tungen der russischen Revolutionäre ihre Schriften nicht gemeinsam  
verschickten, es müßte sich denn um die Befolgung einzelner  
Exemplare zu Zwecken der Information und für Bibliotheken handeln.  
Diese zerstreuten Verbindungen genügen nicht der Königsberger  
Phantasie, und so findet sie es auf Seite 205 der Urteilsbegründung  
„leicht verständlich, daß jede Richtung auch die Pressezeugnisse der  
anderen Richtungen mit zu verbreiten suchte, wenn dadurch nur der  
revolutionäre Gedanke Förderung erfährt. Jedenfalls besteht aber  
kein Bedenken gegen die Annahme, daß, falls die Art der Be-  
stätigung des politischen Kampfes — was mindestens recht  
zweifelhaft ist — bei der Schriftverbreitung überhaupt irgend eine  
Rolle gespielt haben sollte, die Anhänger der verschiedenen Richtungen  
sich doch zu einer einzigen Organisation unter einer gemeinschaft-  
lichen Leitung zusammengeschlossen haben.“

Aber diese in der Form einer „Feststellung“ gekleidete nebelhafte  
Vermutung ist nicht nur beweislos behauptet, sondern aus dem  
Thatbestandmaterial des Prozesses selbst geht genügend klar hervor,  
daß der behauptete Zusammenhang nicht besteht. Die beschlag-  
nahmen Schriften gerade haben das ergeben. Welche Schriften  
sind beispielsweise durch den Expedienten der Vorwärts-Buchhandlung  
verbreitet worden, die auf Beziehungen zu den russischen Terroristen  
hindeuten? Nichts dergleichen hat sich unter diesen Sendungen be-  
funden, und die Staatsanwaltschaft selbst hat in den Akten des  
Prozesses verschiedene unter sich zusammenhängende Ver-  
bindungen angenommen.

Jetzt aber kommt die Urteilsbegründung und malt das Niesene-  
ney einer einheitlichen revolutionären Verbindung hin. Das erinnert  
an die alten immer wiederkehrenden Polizeiprotokolle, die im Anfang  
des 19. wie im Anfang des 20. Jahrhunderts stets nach der gleichen  
Methode angefertigt sind, wo die von Evidenzstolz erhitzten Polizei-  
hirne den erschrocken Philistern haarklein erzählen, wie sie alle  
Fäden einer geheimnisvollen Verschwörung aufgedeckt haben und es  
klar zu Tage liege, daß diese Fäden nach London und Petersburg  
und New York und Sibirien und Kopenhagen und Posen und  
Warschau und wohl gar auch noch nach Timbuktu reichen. Die Ur-  
teilsbegründung beliebt eben, um mit dem Zweiten Staatsanwalt  
des Königsberger Prozesses zu reden, die Schriftenverbreitung in  
ein „dreifaches Dunkel“ zu hüllen: in ein Dunkel des Umfangs, der  
Mittel und des Zweckes, damit die geringfügige Wirklichkeit, die längst  
bekannt war, als die Enthüllung eines furchtbaren weitgespannten  
Geheimnisses durch die segensvollen Wirkungen des Königsberger  
Prozesses erscheine.

In dieser Tendenz wird denn auch mit ebenso großer Ausfüh-  
lichkeit wie zweifelhafter Zuverlässigkeit Material herangeschleppt,  
um die Abficht zu erweisen, daß die Verbindung vor der Staats-  
regierung geheim gehalten werden soll. Die Schriften sind durch  
die Zollbehörden gegangen, der Angeklagte Treptau hat sie sogar, als  
sie von der Polizei festgehalten wurden, öffentlich reklamiert.  
Nowagroski hat den Zollbeamten durch die, wie die Urteils-  
begründung empört meint, „unbescheidene“ Antwort, „die Schriften  
sind nicht für die Heilarmee“ noch ausdrücklich auf ihren politisch  
wichtigen Inhalt hingewiesen.

Die Schriftenverbreitung durch den „Vorwärts“ war seit fast  
10 Jahren bekannt. Der Schriftenschmuggel wurde im Reichstag  
offen erörtert und zugelassen. Trotzdem haben die Angeklagten  
versucht, diese Handlungen vor der Staatsregierung geheim zu  
halten! Trotzdem weiß der Jurist der Urteilsbegründung eine ge-  
heimnisvolle Verbindung mit Gründen für das Urteil herbeizu-  
führen: Geizig, es sei bekannt gewesen, daß einzelne An-  
geklagte Schriften verbreitet hätten. Das beweise aber nicht,  
daß keine Geheimhaltung beabsichtigt gewesen sei. „Hier wird ver-  
wechselt“ — heißt es — „der Bestand einer auf die planmäßige  
dauernde Einfuhr von russischen Schriften nach Rußland gerichtete  
organisierte Verbindung mit einzelnen That-  
sachen, deren Zusammenhang nicht aufgedeckt war. Allerdings  
war den deutschen Behörden nicht unbekannt, daß ein Schrift-  
schmuggel über die Grenze stattfände.“ Auch Zoll- und Steuer-  
behörden, sowie die Polizei hätten davon gewußt. „Dadurch wurde  
aber noch keineswegs der Bestand und Zweck der Ver-  
bindung klar gelegt.“ Und diese Konstruktion soll nach etwas  
aussehen, zerfällt aber bei der leisesten Prüfung in nichts. Was  
wird den Angeklagten diesen Darlegungen zufolge vorgeworfen?  
Sie sollen zwar nicht ihre eigenen Handlungen geheim gehalten  
haben, aber sie wären so tückisch gewesen, Handlungen geheim zu  
halten, die entweder niemals geschehen sind, oder von denen sie  
gar nichts wissen konnten. Der Angeklagte Pögel beispielsweise hat  
sicher nur gewußt, daß die Schriften aus der Schweiz kämen, von  
der „Iskra“-Redaktion, und daß sie dann auf den Wegen jeden  
Schmuggels über die Grenze geschafft würden. Von Stubi, Winka,  
Koslaw und wie die „Verschwörernamen“ alle heißen mögen, hat er  
sicher gar nichts gewußt, nicht einmal von dem ehrenwerten Kron-  
zeugen des ganzen Prozesses, dem Herrn Karol-Schlippner. Die  
Angeklagten sollen geheim zu halten beabsichtigt haben, was sie  
gar nicht wissen konnten.

Es ist aber auch nicht wahr, daß überhaupt durch den Prozeß  
irgend eine neue Tatsache aufgedeckt worden ist. Diese Behauptung  
wird nur möglich dadurch, daß entscheidende Thatfachen und ent-  
scheidende Bekundungen verschwiegen werden. Bei jedem Schrift-  
schmuggel ist es notwendig, daß sie irgend woher kommen und daß  
sie irgend wohin mittels eines mehr oder minder komplizierten

Etappensystems über die Grenze gebracht werden. Das wußte nicht  
nur die Polizei, das war auch bereits gerichtsnotorisch. Es ist  
gerade im Falle Pögel festgestellt worden, durch den Prozeß von  
Mlotow im Jahre 1895, auf welche Weise die Schriften geschmuggelt  
worden sind, und daß damals der Oberstaatsanwalt Drescher aus-  
drücklich die rechtliche Zulässigkeit solcher Verbreitung anerkannt  
hat. Die Verteidigung hat schließlich auf einen Beweisanspruch in  
dieser Richtung verzichtet, weil von keiner Seite Zweifel in die  
Richtigkeit der Darstellung gesetzt wurden. In der Urteils-  
begründung aber findet man von dieser Feststellung kein Wort, durch  
welche die Nichtgeheimhaltung wenigstens für Pögel über jeden  
Zweifel gestellt würde. Was hätte denn Pögel auch geheim halten  
sollen? Etwa den Bestand jener einheitlichen Niesenerverbindung, die  
nur in der Phantasie des Urteilsbegründers besteht? Aber noch  
mehr: Der Zeuge der Staatsanwaltschaft, der Berliner General-  
kommissar Wynen, hat ja ausdrücklich bekannt, unter seinem Eide  
festgestellt, daß der Berliner Polizei nicht nur die Handlungen der  
einzelnen Personen bekannt waren, sondern daß die Organisation  
des Schriftenschmuggels, die Verbindung in allen Einzelheiten längst  
auf dem Berliner Polizeipräsidium bekannt war. Ja, das Berliner  
Polizeipräsidium hat sogar viel mehr gewußt, als überhaupt jemals  
wirklich geschehen war. Herr Wynen hat ausdrücklich bekundet, nur  
Eines sei dem Berliner Polizeipräsidium nicht bekannt gewesen,  
nämlich, daß auch verbotene Schriften verbreitet wurden.

Dieser Teil der Urteilsbegründung, der die Abficht der Geheim-  
haltung beweisen will, verzichtet also gegen die wirklichen Fest-  
stellungen des Prozesses und so sind auch die andern Hilfskonstruk-  
tionen, durch welche die Abficht der Geheimhaltung bewiesen werden  
soll, teils juristisch unmöglich, teils stehen sie im Widerspruch zu  
den festgestellten Thatfachen.

(Ein Schlusssatz folgt.)

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. September.

Das Wahlprogramm Roosevelts.

Roosevelt, der republikanische Präsidentschaftskandidat, hat nun-  
mehr in einem Briefe, mit dem er seine Präsidentschaftskandidatur  
acceptierte, auch ein unerbärmliches politisches und wirtschaftspolitisches  
Glaubensbekenntnis abgelegt. Dies Glaubensbekenntnis deckt sich ja  
freilich durchaus mit den Richtungslinien, die die Politik des  
Präsidenten Roosevelt bisher schon deutlich genug erkennen ließ,  
allein Roosevelt erklärt nunmehr in programmatisch verbindlicher  
Form, daß er diese bisherige Politik auch während seiner künftigen  
Präsidentschaftsperiode befolgen will. Ueber die Erklärung Roosevelts  
wird gemeldet:

In Erwiderung auf die Erklärungen Parkers tritt Roosevelt  
für seine Politik und für die Art und Weise ein, wie die  
Flotte für deren Ausführung benutzt wurde, und  
rechtfertigt die Entsendung von Kriegsschiffen  
nach Panama, Beirut, Tanger, Smyrna zu ver-  
schiedenen Zeiten. Die Flotte, heißt es in dem Briefe, ist  
der mächtige Säug des Friedens, hauptsächlich weil sie ge-  
fährdet und bereit ist für den Dienst der aus-  
wärtigen Politik. Irgend ein Aufgeben der  
Philippinen würde eine Katastrophe bedeuten und die  
Stimme der Vereinigten Staaten würde im fernsten Osten nicht mehr  
gehört, wenn sie die Philippinen aufgäbe. Roosevelt kommt dann  
auf den Vertrag mit China zu sprechen, der voller Vorteil sei  
für die Zukunft Amerikas. Die Monroe-Doktrin, sagt  
Roosevelt in seinem Briefe weiter, hat neue Kraft erhalten,  
aber die amerikanischen Republikaner wissen, daß diejenigen, die  
Gerechtigkeit suchen, mit reinen Händen kommen und die Verant-  
wortlichkeit für die Ausübung des Rechtes auf Freiheit übernehmen  
müssen. Das Staatsdepartement ist bis an die Grenze des  
diplomatischen Gebrauchs gegangen, um der Welt klar zu machen,  
daß es die innerste Ueberzeugung Amerikas ist, daß verschieden-  
artige Behandlung und Bedrückung der religiösen Ueberzeugungen  
Alle von Ungerechtigkeit sind, und das Staatsdepartement wird  
fortfahren, einen Druck in diesem Sinne auszuüben. Roosevelt  
bezeichnet den Versuch, die Tarifrevision mit der  
Lösung der Krusfrage zu identifizieren, als  
unaufrichtig und sagt, den durch die Krusfrage hervor-  
gerufenen Mißständen könne man nur auf der in den letzten drei  
Jahren vom Kongreß und der Exekutive geschaffenen Grundlage  
beikommen. Die Handelsmarine müsse ihren Anteil  
an den Vorteilen des Schutzes haben und  
wenn das Schutzoll-System geändert werde, dürfe es  
nur mit äußerster Umsicht und in konservativer  
Richtung geschehen. Keine Periode, heißt es dann weiter,  
sei materiell so produktiv gewesen, und zwar ebenso für Arbeit-  
nehmer wie für Arbeitgeber, als die letzten sieben Jahre unter  
der absoluten Herrschaft der Republikaner. Der Brief schließt mit  
den Worten: Wir halten uns immer vor Augen das wichtigste  
Ziel der Politik und Verwaltung, nämlich die Herrschaft des  
Friedens im Lande und in der ganzen Welt.

Roosevelt tritt also für die Fortführung der von den Demo-  
kraten so heftig kritizierten Weltpolitik ein. Er denkt nicht daran,  
den Philippinen ihre Selbständigkeit zurückzugeben. Die Philip-  
pinen sollen den Stützpunkt für die amerikanische Weltpolitik in  
Ostasien abgeben. Demgemäß sollen auch die marinierten  
Kräfte fortgeführt werden. Während Roosevelt aber von  
einer ferneren kolonialen Eroberungspolitik nicht lassen will, soll die  
Monroe-Doktrin, die den europäischen Staaten Gebiets-  
erwerbungen auf dem amerikanischen Kontinent verwehrt, energisch  
aufrecht erhalten werden.

Was Amerikas innere Politik anlangt, so denkt Roosevelt nicht  
daran, den Krus in energischer Weise zu lösen. Nur  
in den unzulänglichen Palliativmitteln, die man bisher schon  
in Anwendung gebracht, soll das einzig zulässige Kampfmittel gegen  
die anwachsenden, die Masse ausaugenden Kapitalvereinigungen be-

Rehen. Von der Forderung der Demokraten und Populisten, den Zolltarif herabzusetzen und dadurch in die Monopolwirtschaft der Zölle, die sich zum Teil auf den Hochschulgeldern aufbaut, Bremsen zu legen, will Roosevelt nichts wissen. Das Schutzollsystem soll nur mit äußerster Vorsicht und in konservativer Richtung geändert werden. Im Gegenteil soll die Handelsmarine Amerikas durch erhebliche Subventionen künstlich emporgebracht werden.

Die Präsidentschaftswahl wird zeigen, welche Kraft der demokratischen Partei innewohnt. Bislang scheint es freilich nicht, als ob die Mittelstandspartei und Farmer, die der demokratischen und populistischen Partei angehören, mit ihrem Ansturm gegen die republikanische Schutzollpolitik, der bei den Farmern der Auffassung entspricht, durch eine Herabsetzung der amerikanischen Schutzölle auch eine Herabsetzung der europäischen Agrarzölle zu erreichen, vom Siege gekrönt sein sollten.

**Der deutsche Juristentag und das Koalitionsrecht.** In Innsbruck tagt gegenwärtig der deutsche Juristentag, der sich in einer Abteilungs-sitzung mit der Frage beschäftigt: „Welche Maßnahmen empfehlen sich für die rechtliche Behandlung der Ringe und Kartelle?“

Die Mehrheit fasste einen Beschluß, dessen Hauptzitat lautet: „ein staatliches Eingreifen gegen etwaige übertriebene wirtschaftliche Preissteigerungen und die Gewährung gleicher Koalitionsfreiheit sowie die Rechtsfähigkeit, welche die Organisationen der Unternehmer genießen, an die Arbeitnehmer sei unerlässlich!“

Der Beschluß soll dem Kammern mitgeteilt werden; es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommen wird.

Die praktischen Juristen in den deutschen Gerichten werden in jedem Fall trotz des Juristentages das, was an Koalitionsrecht für die Arbeiter noch besteht, auf dem Wege der Auslegung strafbar zu machen.

#### Der Feu-Minister und die Presse.

Herr v. Hammerstein hat sich bereitwillig von einem Abgesandten des Herrn Scherl interviewieren lassen, nicht so sein oldenburgischer Kollege Herr Nuhstrat von einem Sendling des „Mitteln-Blattes“, der „Morgenpost“. Der Beauftragte dieses Blattes sollte Herrn Nuhstrat fragen, was er zu ihm gedenke, da ihm doch vom oldenburgischen „Residenzboten“ implizite der Vorwurf des wissentlichen Meineides gemacht worden war. Das oldenburgische Blatt hatte behauptet, daß der Herr Minister bis in die neueste Zeit hinein gespielt habe, während Herr Nuhstrat in dem her-abähnlichen Prozesse gegen Biermann das Gegenteil behauptet hatte. Auf diesen ungemein schmerzlichen Vorwurf wurde kein Verfahren gegen Biermanns Blatt eingeleitet.

Herr Nuhstrat gerühte jedoch nicht, dem neugierigen „Mitteln-Blatt“ Rede und Antwort zu geben. Aus Pontresina sandte er dem Interviewer folgende Postkarte:

Ihr Schreiben vom 12. d. M. erhalte ich hier heute. Ich denke gar nicht daran, einen der Ihrigen zu empfangen und bitte mich nicht wieder zu belästigen. Schreiben können Sie über mich was Sie wollen.  
Pontresina, 30. 8. 04.

#### Nuhstrat (Oldenburg).

Herr Nuhstrat, der sich doch anfangs seine durch das oldenburgische Blatt angegriffene Ehre durch das Gericht wieder stellen lassen zu müssen glaubte, ist ja mit einem Male merklich unempfindlich geworden! Offenbar sind ihm die Urteile der Presse minder unangenehm, als neue gerichtliche Feststellungen!

Uebrigens kündigt das oldenburgische Regierungsbüro an, daß der Affaire Nuhstrat demnächst ein Ende gemacht werden solle. Durch Verlängerung des Sommerurlaubs des Feu-Ministers?!

Die unerhörteste Ruhe und Unthätigkeit der oldenburgischen Regierung gegenüber den Angriffen des „Residenzboten“ auf den Minister Nuhstrat geht jetzt selbst dem Leiborgan der Regierung, dem „Oldenb. General-Anzeiger“, zu weit. Das Blatt verhält sich zwar dagegen, als ob es den Behauptungen des Sensationsblattes irgend welches Gewicht beilege; aber, so färbt es, „alles hat seine Grenzen, und die Grenzen mit Bezug auf die Beleidigungen gegen Minister Nuhstrat sind schon längst weit überschritten, so daß in diesem Falle jede vornehme Ruhe unangebracht und sowohl für die Person gefährlich, als auch für das Land, in dessen Ministerium Herr Nuhstrat einen der verantwortungsvollsten Posten bekleidet, verhängnisvoll ist. Und wir würden der ganzen Sache noch keine Bedeutung beilegen, wenn die heftigen Angriffe gegen den Minister nur vom „Residenzboten“ ausgingen; die Nuhstrat-Affaire ist aber allmählich zu einer Landes- und Reichsangelegenheit geworden, die nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist und die so oder so einer klaren Entscheidung bedarf und sie — auch finden wird.“

Ob die oldenburgische Regierung auch gegen diesen, von ihr so nachstehender Seite kommenden Nachruf ihr Ohr verschließen wird?

**Die ungeschriebene Zuchthausvorlage.** Vor dem Schöffengericht in Köln stand ein Grundarbeiter unter der Anklage des Streikvergehens. Er hatte gelegentlich des Kölner Bau- und Erdbauarbeiter-Streiks einen Verursollegen angesprochen, daß er dem Verbande beitrete, was dieser ablehnte. Mittags geriet der Angeklagte mit dem Arbeitswilligen aneinander und er mißhandelte ihn gemeinsam mit noch andern Personen durch Schläge. Der Staatsanwalt beantragte fünf Monate Gefängnis mit der Begründung, daß es sich um die Terrorisierung eines Arbeitswilligen handle. Der Verteidiger kennzeichnete den Antrag als jedes Maß bedeutend überschreitend; der Antrag gehe über das geschriebene Recht hinaus und zu einem ungeschriebenen Gesetz, der Zuchthausvorlage, über. Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Hinweis auf dessen Vorstrafen zu zwei Monaten Gefängnis.

**Ein „Platz an der Sonne“.** Die „Trierische Landeszeitung“ veröffentlicht den Brief eines Sergeanten vom Stabe des Majors v. Glasenapp, datiert vom 2. August aus Windhoek. In dem Brief heißt es u. a.: „... So ist zum Beispiel in Gobabis (Osten) wiederum eine Typhusepidemie ausgebrochen. Auch die nördlichen Abteilungen der Schutztruppe sollen viel unter dieser Krankheit zu leiden haben, desgleichen sollen die Hereros durch Siedlung viele Leute verlieren. Unser Marine-Expeditionskorps, das mit rund 670 wehrfähigen Köpfen anrückt, ist zur Zeit auf 300 feldtaugliche Leute durch Krankheit, Tod und Verwundungen herabgemindert. ... Gefallen sind von uns bei Divilorero 1 Offizier, 1 Mann, Dlaharui 33 Mann, fünf davon sind ihrer Verwundung erlegen. Im Norden kommen noch einige Leute hinzu. Mehr noch sind aber dem Wäterich Typhus zum Opfer gefallen, so daß wir ungefähr 80 bis 100 Tote aufzuweisen haben.“ — Um ein typhusverheerendes Sand- und Dornengebiet werden die Söhne und die Millionen des Volkes, einem Wahn zuliebe, strupplos geopfert.

#### Aus Südwestafrika

liegen neue Meldungen über Zusammenstöße mit den Hereros vor. Sie lauten:

Berlin, 12. September. General von Trotha meldet unter dem 10. September 10 Uhr vormittags aus Otjozondub: „Etorff ließ am 9. September bei Dwinana-Kana auf abziehende Weite Samuel Mahareros, nahm es nach kurzem Widerstande in die Hände. 50 Hereros tot; diesseits ein Reiter leicht verwundet. Hauptziel der Hereros aufeinander Nacht nach Südosten. Deimling im Vornarisch von Oparalane nach Osten; Etorff folgt über Olarupoko, Reihenschein sperrt Wasserstellen Otjozondub bis Otjomaji, Reiter folgt Deimling über Oparalane. Kommando Oparalane.“

Berlin, 12. September. Gouverneur Leutwein meldet: Die unter Unteroffizier Eberdel auf Platbeen verhängte Abteilung Stempel ist von Koroenga erfolglos am

4. d. Mts. vormittags bis Sonnenuntergang angegriffen und dann durch einen Zug unter Lieutenant Schmidt der Compagnie Kopp entsetzt worden. Diesseits verwundet: Geleiteter Diesner, Fleischhuh reater Oberarm.

Berlin, 11. September. Amtliche Mitteilung. Reiter Max Rinkeib, geboren in Wendorf, Mansfelder Seekreis, früher Trainbataillon Nr. 4, ist am 9. d. Mts. im Lazarett Dlabandja am Typhus gestorben. Reiter Johann August Röhner, geboren 10. September 1882 zu Langenaltheim, Mittelfranken, ist am 8. d. Mts. im Lazarett Otjozondub am Typhus gestorben.

Wie man sieht, handelt es sich nur um kleinere Gefechte. Die Hereros haben sich allem Anschein nach in kleine Trupps aufgelöst, deren Verfolgung ebenso zeitraubend wie undenkbar sein wird.

Ein — kolonialfreundliches — Blatt macht bereits die Bemerkung, daß in diesem langwierigen Guerillakrieg das Hauptquartier ein recht überflüssiger Zugus sein dürfte. Auch die Scherl-Presse giebt jetzt ihr Urteil dahin ab, daß das so großartig angelegte und mit solchem Aufwand in Scene gesetzte Einreisungsmanöver am Waterberg als vollständig erfolglos anzusehen sei, eine Erkenntnis, die ziemlich spät kommt. Offenbar hängt auch hier wieder die plötzliche Einsicht mit einer Erörterung der offiziellen Beziehungen zusammen. Die nicht inspirierte Auffassung der Lage ist aber jedenfalls die vernünftigere.

Dem „Hamb. Korresp.“ geht von dem Inhaber einer großen Farm bei Keemansdooop vom Anfang August eine Zuschrift zu, in der Klage geführt wird über die wachsende Unbotmäßigkeit des eingeborenen Gefolges. Schließlich wird über das materielle Ergebnis des Hererokrieges folgende treffliche Betrachtung angeführt:

Der Krieg ist seit dem 14. Januar im Gange; nach Schätzung der Regierung stehen uns 10 000 Hereros gegenüber, denen alle Zufuhr von Proviant abgeschnitten ist, so daß sie zu ihrer Verpflegung auf Fleisch angewiesen sind. Nach Angabe von Heberläufern und entlassenen Gefangenen sollen die Hereros täglich 250 Rinder schlachten müssen, und sie können sich denken, wie wenig Rinder übrig bleiben müssen, wenn der Krieg noch bis Ende 1904 dauert. Sodann ist der jetzige Fleischüberschuß im Lande von den angeammelten Truppen aufgebraucht worden und die Regierung muß erstens einen großen Bedarf für den eignen Konsum zurückbehalten, zweitens Vieh für spätere Entschädigung der Ansiedler in Reserve halten. Wenn nun berechnet wird, daß die Hereros allein von ihren durch Rinderpest vorher dezimierten Herden bis Ende 1904 ungefähr 80 000 Rinder geschlachtet haben werden, was wohl den ganzen Bestand bedeutet, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß nach Abzug des Regierungsbedarfes nicht viel zum Verlangen übrig bleiben wird. Sofort nach Ausbruch des Aufstandes stiegen die Rinderpreise so enorm, daß heute schon 250 Mark bis 300 Mark für eine gute Kuh verlangt werden, und daß trotz dieses hohen Preises die Nachfrage größer ist als das Angebot.

Der Ausgang des Krieges wird also der sein, daß unsere teure Kolonie nach Beendigung des Nachkrieges nicht nur entvölkert, sondern auch so ziemlich von allem Vieh entblößt sein wird! —

#### Aufstand in Deutsch-Neu-Guinea.

Auch aus unfer volkneistlichen Kolonie läuft eine Postkarte ein: Brisbane, 11. September. (Meldung des Neuseeländischen Bureaus.) Hier ist eine Nachricht eingelaufen aus Deutsch-Neuguinea, wonach eine Abteilung Eingeborener die katholische Mission angegriffen hat, und die Priester Mathias Raichen, Heinrich Kuttar, die Brüder Josef Vley, Eduard Wlaschaert, Schellekens, und die Schwestern Anna, Sofie, Agathe, Agnes und Angela getötet worden sind. 36 Eingeborene wurden gefangen genommen und 16 hingerichtet. Ihre Absicht war alle Weissen zu ermorden, doch gelang ihnen dieses Vorhaben nicht.

Berlin, 12. September. Nach einem heute über Macassar eingegangenen amtlichen Telegramm des kaiserlichen Gouverneurs in Herbertshöhe (Deutsch-Neuguinea) sind am 13. August die Missionsstationen Sankt Paul, Raharmap und die Trappistenabtei in den Wainingerbergen auf der Sozalehalbinsel durch Eingeborene überfallen worden. Dabei wurden getötet: die Patres Mascher und Kuttar, die Brüder Vley, Wlaschaert, Schellekens, sowie die Schwestern Goller, Walla, Utsch, Schmitt, Rath. Die Polizeitruppe nahm sofort die Verfolgung der Mörder im Gebirge auf. Ein späteres gleichfalls am heutigen Tage aber über Brisbane eingetroffenes amtliches Telegramm des Gouverneurs von Deutsch-Neuguinea berichtet, daß in den Wainingerbergen die Ruhe wiederhergestellt sei. Fünfzehn Eingeborene seien im Kampfe erschossen und einundzwanzig gefangen genommen. Die Verfolgung dauere fort.

Offentlich erfährt man auch etwas über die Ursache dieser Erhebung! Die Erbitterung der Eingeborenen muß eine äußerst große gewesen sein, daß sie sich auch gegen die Missionare und Schwestern richtete. Die „Koloniale Zeitschrift“ würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie einmal in die Zustände in dieser Kolonie hineinleuchten wollte! —

Sidney, 12. September. Der Dampfer „Waldemar“ vom Norddeutschen Lloyd meldet, daß am 13. August auf dem Waininger Verge bei Herbertshöhe die katholischen Missionen St. Paul und Raharmap von Eingeborenen der Bergstämme und befreiten Sklaven überfallen worden sind. Alle Missionare wurden niedergemetzelt und für 60 000 M. Vorräte geplündert. Den Anlaß gab angeblich der Freikauf von Sklaven. Der Ueberfall erfolgte unerwartet um 9 Uhr morgens. Die Missionare wurden bei ihrer Arbeit überrascht. In St. Paul wurde der Vorsteher Vater Mathias durch einen Gewehrschuß von dem von ihm befreiten und aufs beste behandelten Sklaven Tomari ermordet, ebenso der herbeieilende Bruder Josef Vley und die Schwester Anna. Die Brüder Eduard Wlaschaert (?) und Schellekens, die Schwestern Sophia und Amata wurden durch Schüsse, die Schwester Agnes auf der Hauptteranda und die Schwester Angela an der Rückwand des Altars durch Steinhiebe getötet. In Raharmap wurde Vater Heinrich Kuttar getötet. Die ferner geplante Ermordung der Missionare von Marienburg wurde durch deren Abwesenheit vereitelt. Von der von Herbertshöhe abgehenden Polizeitruppe wurden 16 der Mörder erschossen, 20 gefangen. Die Verfolgung dauert fort. Der Kapitän des „Waldemar“ erzählt, ein Komplott zur Niedermachung aller Weissen sei im Juli entdeckt und vereitelt worden.

#### Ausland.

##### Neue Judenverfolgungen in Rußland.

Petersburg, 11. September. (W. L. B.) Ueber Rußland ereigneten sich, die am 4. und 5. d. Mts. in Smela, Gouvernment Kiew, sich ereigneten, wird der „Russischen Telegraphen-Agentur“ aus Kiew gemeldet: Ein israelitischer Ladenbesitzer hatte eine Bauersfrau mißhandelt, weil er sie im Verdacht hatte, daß sie ihm ein Luch gestohlen. Eine Volksmenge rottete sich zusammen und plünderte und verbrannte 100 Häuser und 150 Läden, die Israeliten gehörten. Am 4. September abends fing eine Gruppe von 60 Israeliten eine Schlägerei mit Christen an. Als die Israeliten auf die Christen Schüsse abgaben, wurde Polizei herbeigerufen, die von den Revolvern Gebrauch machte und zwei Personen verwundete. Am 5. September morgens begaben sich mehrere Hundert Eisenbahner von der benachbarten Station Bobroinska trotz des Einschreitens der Behörden mit einem Eisenbahnzuge nach Smela, wo die Ruhestörungen sich alsbald erneuerten. Zur Unterdrückung der Ruhestörungen wurde Militär herbeigerufen, das von der Waffe Gebrauch machte, wobei fünf Personen schwer und eine größere

Anzahl leicht verletzt wurden; eine Anzahl Personen wurden verhaftet.

Daß diese erneuten Plünderungen sich unter der Duldung der russischen Behörden ereigneten, geht aus folgendem Privatbrief hervor, der uns zur Verfügung gestellt wird:

Smela, 6. September. Die jüdische Bevölkerung von Smela ist von einem großen Unglück betroffen worden. Ganz unerwartet infolge eines Streites zwischen einer Jüdin und einer Russin wegen eines Luches, das diese bei der Jüdin gestohlen hatte und das ihr wieder weggenommen wurde, begannen Ausschreitungen, die fast den ganzen Sonntag, die ganze Nacht und Montag bis 11 Uhr morgens dauerten; bis das Militär aus Tschersk (die Kreisstadt; befindet sich ca. 25 Werst von Smela, mit der sie durch eine Eisenbahnlinie verbunden ist) angekommen war, dauerte es 1 1/2 Tage. Ganz Smela ist ausgeplündert; es sind übrig geblieben vier Läden, die von den Russen selbst losgegeben wurden, die Komalewa (so wird ein Stadtviertel genannt, in dem etwa ein Zehntel der gesamten jüdischen Bevölkerung lebt) und unfre Strafe von der Feuerwehr ab; das haben die hiesigen jungen Leute mit noch 60 aus Tschersk, die mit Revolvern bewaffnet waren, geteilt. Die Plünderung ist um so bemerkenswerter, als der Metropolit beim Beginn der Verheerung hier durchkreuzte. Als er über den Markt fuhr, hielten ihn die Juden auf und baten ihn, zu der Menge hinauszugehen (es war bloß eine Bande von etwa 50 Warden). Er antwortete nichts und fuhr weiter. Man kann eigentlich sagen, daß dank ihm die Verwüstung so groß wurde; denn die gesamte Polizei war neben ihm und niemand stürzte die Plünderer in ihrer Arbeit. Als man die Polizei um Hilfe bat, antwortete man, daß sie den „Wladyslaw“ (Wladyslaw — Herrscher; so wird der Metropolit gewöhnlich genannt) nicht verlassen dürfe, sie blieben denn auch bei ihm, während die Geschäfte und Häuser geplündert wurden.

Gestern ist der Gouverneur angekommen. Er fuhr durch die Stadt und schrie den Juden zu: „Fort, nach Hause!“ Darin bestand seine ganze Thätigkeit und Hilfe. Einer jüdischen Deputation hat er versprochen, am andern Tag die nötigen Anordnungen zu treffen, er ist jedoch während der Nacht nach Kiew ausgeritten. Die Polizei schreitet sehr ungern ein; die Haus-suchungen werden nicht mit der erforderlichen Energie ausgeführt; diejenigen, bei welchen Waren gefunden werden, bleiben in Freiheit; auch die Führer der Menge sind nicht verhaftet. Kurz, diese Verheerung wird ungestrafter als alle bisherigen bleiben. Wir hatten an die Redaktionen der „Nowosti“ und anderer Zeitungen telegraphiert, daß sie diese Gräueltat bekämpfen möchten, bekamen aber die Antwort, daß die Censur es nicht erlaube.

#### Frankreich.

Genosse Jules Guesde sendet uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgende Zeilen: In Anbetracht des mit K. E. unterzeichneten Artikels im „Vorwärts“ vom 2. September, den man mir soeben überreicht, werden Sie es nicht für unbillig halten, daß ich sowohl gegen die Worte protestiere, die ich in Amsterdam gesprochen haben soll, als auch gegen die noch folgenden Schlußfolgerungen, die mein Gegner daraus zieht.

Was die Frage der Republik (als Staatsform) anlangt, von der ich behauptet haben soll, daß sie „die Befreiung des Proletariats auch nicht um einen einzigen Tag beschleunige“, so darf ich mich wohl auf den Brief beziehen, den ich sofort bei meiner Rückkehr nach Paris an den Chefredakteur der „Aurore“ richtete. (Dieser Brief wurde bereits in Nr. 218 von uns abgedruckt. Red. d. „Vorwärts“.)

In Bezug auf den Kampf gegen den Merkantilismus, den ich für „vergeblich“ erklärt haben soll, habe ich lediglich die These meines alten Liebling wieder aufgegriffen, mit der er sich auf dem Parteitage zu Halle bei Beginn der Auseinandersetzung mit den sogenannten „Jungen“ äußerst energisch dagegen wandte, daß man an Stelle des Kampfes gegen ein nur zu sehr existierendes Lohnsystem und Unternehmertum einen Kampf gegen einen Gott setze, der nicht existiert. Wenn ich dabei von „Komodie“ gesprochen habe, so geschah es im Hinblick auf das Projekt der Trennung von Kirche und Staat, von dem Jaures triumphierend verkündet hatte, daß Combes es demnächst der Kammer vorlegen werde — ohne dabei zu bemerken, daß sich keine Mehrheit finden werde, einen solchen Gesetzentwurf zu votieren.

Wenn endlich K. E. die Politik unserer Partei mit dem einen Wort abschlägt, daß wir wie hypnotisiert „in der Erwartung des großen Tages“ verharren, so dürfte es genügen, daß ich zu ihrer wahrhaften Darlegung vor den Genossen Deutschlands darauf verweise, wie alle Programme für unmittelbare und tägliche Verbesserungen sowohl auf dem Gebiete des industriellen wie auch des landwirtschaftlichen und kommunalen Lebens von unsrer Parteitagung ausgegangen sind; noch im vergangenen Jahre unterzeichnete der Guesde, den man um Anarchisten stampeln möchte, einen Aufruf an Frankreichs Arbeiter, in dem es hieß: „Reformen und Revolution sind weit entfernt, einander auszuschließen, sie ergänzen sich vielmehr. Denn die den herrschenden Klassen abgetragenen Reformen, so geringfügig sie an sich sein mögen, vermehren sowohl die Bewegungsfreiheit wie auch den Mut und das Feuer des kämpfenden Proletariats. Werden aber die Reformen verweigert, dann bilden sie ein hervorragendes Mittel zur Aufpeitschung der Arbeiterklasse: indem die Verweigerung der Reformen die Unzufriedenheit über den bösen Willen der regierenden Bourgeoisie enthüllt, treibt sie das bedrängte Proletariat dazu, seine Befreiung auf gewaltsamem Wege zu beschleunigen.“

Ich beschränke mich auf diese wenigen Worte, ohne in die Verwickelungen von Einzelheiten einzugehen, und überlasse den Lesern des „Vorwärts“, die notwendigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Mit internationalem Gruße  
Jules Guesde.

#### Rußland.

##### Eine mutige That.

Aus dem Kaukasus wird uns geschrieben: Am 1. August spielte sich im Flecken Tschiaturn (Centrum der kaukasischen Wanganerg-Industrie) eine jener kleinen romantischen Episoden ab, an denen der sozialistische Kampf in Rußland so reich ist und die so häufig Menschenleben zum Opfer fordern.

In dem Flecken wurde unlängst ein in den dortigen Arbeiterkreisen sehr bekannter sozialdemokratischer Agitator, Verfasser einer weitverbreiteten Agitationspartei-schrift, bei der Festnahme eines Propagandaträgers mitterhaftet.

Da die Polizei ihn nicht recognoscirte — wir unterlassen daher die Nennung seines Namens — sollte er kurz darauf mit einigen andern Verhafteten unter gewöhnlicher Bewachung nach der Gouvernementsstadt Kutais abgeschoben werden. Da beschloß ein anderer Genosse den Verhafteten zu befreien und erhielt auch die Zustimmung des sozialdemokratischen Komitees in Kutais. Er lauerte nun dem Transport an einem gutgewählten Orte auf und gab, als dieser sich näherte, einen blinden Schuß ab, um Blutvergießen zu vermeiden und nur Verwirrung unter der Bewachung hervorzurufen. Der Plan ist auch gelungen: die Verhafteten sind glücklich in der entstandenen Panik geflüchtet, aber der Befreier, der Bauer Prokop Tschawat, selbst ist auf der Strecke geblieben, durchbohrt von den Kugeln der den Transport begleitenden Soldaten.

#### Amerika.

Die Staatswahl in Vermont ist für die republikanische Partei sehr günstig ausgefallen. Die Majorität über die demokratischen Stimmen beträgt 32 000 Stimmen. Die Republikaner konnten schon eine Majorität von 25 000 Stimmen als ein günstiges Zeichen für die große Wahl im November deuten. Ein Majoritäts-Botum unter 25 000 hätte den Mut der Demokraten stark belebt. Die kleinen

Vorkauf von Vermont und Maine gelten gewöhnlich als Stimmungsbarmeter für das Land. Die Siegeszuversicht der Republikaner ist stark gewachsen. Die Wahlschancen in New York liegen jetzt drei zu eins zu Gunsten von Roosevelt. In Ball Street wurde eine Wette von 24 000 Dollar angeboten, daß der Staat New York für Roosevelt stimmen würde. Die New Yorker Staatswahl wird mit großer Wichtigkeit behandelt, denn ohne New York haben die Demokraten keine Aussicht, Parker zum Präsidenten zu wählen. — Durch die letzten schändlichen Lynchmorde an Regera ist doch etwas das öffentliche Bewußtsein geweckt worden. Die Presse tadelt die schwache Haltung der Behörden, und der Gouverneur von Alabama hat sich veranlaßt gesehen, eine Belohnung von 1500 Dollar anzusetzen für die Ergreifung der Leute, die kürzlich drei Reges getötet haben. Der Gouverneur von Georgia hat durch eine kriegsgerichtliche Untersuchung feststellen lassen, in wie weit das Militär schuldig war, das sich farbige Gefangene von einem Föbelhaufen entziehen ließ und den Lynchmorden zusah. Diese Unlänglichungen und Untersuchungen freilich können im besten Falle doch nur als Warnungen gegen die Lynchmörder angesehen werden. An eine wirkliche Verfolgung und Anklage glaubt Niemand. —

## Vom Kriegsschauplatz.

### Die Ausfahrt der baltischen Flotte.

Kronstadt, 11. September. Die Offiziersflotte unter Admiral Roschdestwendy ist heute nachmittags 2 Uhr nach dem äußersten Osten in See gegangen.

- Das Geschwader ist aus folgenden Schiffen zusammengesetzt:
1. Linienschiff „Imperator Alexander III.“ Stapellauf 3. Februar 1901, 13 516 T.
  2. Linienschiff „Vorodino“ (1901, 13 516 T.)
  3. „Anjas Suworow“ (1902, 13 516 T.)
  4. „Dschabla“ (1898, 12 900 T.)
  5. „Kabarin“ (1891, 9000 T.)
  6. „Sifsoi Weliki“ (1891, 9100 T.)
  7. Großer Kreuzer „Admiral Radimow“ (1885, 8000 T.)
  8. „Dmitri Donstoi“ (1883, 5900 T.)
  9. Panzerdeckkreuzer „Aurora“ (1893, 6630 T.)
  10. Kleiner geschützter Kreuzer „Smetlana“ (1896, 3900 T.)
  11. „Almas“ (1903, 3300 T.)
  - 12–20. Torpedobootzerstörer.

Ueber die baltische Flotte urteilte vor einigen Tagen ein offenbar gut unterrichteter Mitarbeiter der „Times“:

Der wirkliche Grund, warum Rußland nicht Meere macht, eine große neue und mächtige Flotte von Schlachtschiffen, Panzerkreuzern, gemischten Kreuzern und Torpedojägern nach Ostasien zu senden, sei nur zum Teil in der zweifelhaften Lage Port Arturus, hauptsächlich vielmehr in dem Umstande zu suchen, daß eine solche Flotte überhaupt nicht vorhanden sei. Rußland besitze im Augenblick zwei neue oder vergleichsweise neue Schlachtschiffe, aber außerhalb des Stillen Meeres keinen einzigen Panzerkreuzer erster Klasse, mit Ausnahme des über zwanzig Jahre alten, vor zehn Jahren umgestülpten „Dmitri Donostoi“ von etwas über 6000 Tonnen und etwas über 15 Seemeilen Schnelligkeit. Auch sei kein einziger erstklassiger Kreuzer im Bau begriffen. Vorhanden seien nur drei geringere Panzerkreuzer von durchschnittlich 7000 Tonnen: „Pammat Dostwa“, „Admiral Radimow“ und „Madamit Ronomach“, die zwischen 17 und 23 Jahre alt seien. Dazu kämen dann noch vier dem Namen nach erstklassige Panzerkreuzer aus Eisen gebaut, von denen der jüngste nahezu 30, der älteste über 40 Jahre zähle. Solche Schiffe zum Anriff nach Ostasien hinauszusenden, hieße die Güter verlieren. Wenn man in die Liste der Schlachtschiffe, „Sifsoi Weliki“, „Kabarin“, „Imperator Alexander II.“ und „Imperator Nikolai I.“ einschließe, so nehme sie sich auf dem Papier ganz achtunggebietend aus, aber auch nur auf dem Papier, denn das jüngste der genannten vier Kriegsschiffe sei über zehn Jahre alt, das Durchschnittsalter der übrigen betrage 15 Jahre und die Wasser-Verdrängung unter 10 000 Tonnen bei nicht über 14 Knoten Schnelligkeit. Von den neuen Schiffen seien „Vorodino“, „Drel“ und „Anjas Suworow“ beinahe fertig oder im Probefahrtdienst, „Imperator Paul I.“, „Andrei Petrowdani“ und „Slawa“ aber noch zu weit zurück, um vorderhand Erwähnung zu verdienen.

Nach einer russischen Meldung soll die Fahrt nach Ostasien prompt von statten gehen können, da deutsche und englische Kohlendampfer in genügender Zahl auf dem Wege bereit ständen, den Kohlenvorrat der Schiffe zu ergänzen.

Man wird ja sehen, wie weit das berühmte Geschwader kommen wird. Vielleicht handelt es sich nur um eine Demonstration!

### Ein weiterer Schlachtbericht

Dem „Reuterischen Bureau“ werden von seinem Korrespondenten aus dem russischen Hauptquartier über die Kämpfe bei Liaujang folgende Einzelheiten gemeldet: Am 31. August war das russische Geschwader unbeschreiblich heftig, aber da meist ohne zu zielen geschossen wurde, nicht sehr wirksam. Bei den wiederholten zweifelhaften Angriffen auf die russischen Stellungen zwangen die japanischen Offiziere die Leute, die verlagten, mit dem Säbel vorwärts, wenn sie die Gräben erreicht hätten; an einer Stelle lagen die Toten, einer an dem andern, bis auf 1000 Fuß an das Fort heran. Am Morgen des 1. September wurde allen Viditombattanten befohlen, Liaujang zu verlassen; die fremden Kaufleute verließen ihre Waren in der Eile auf den Straßen oder verpackten sie auf Lokomotiven zu verladen, aber durch das Plagen der Granaten über der Station wurden sie zur Flucht getrieben. Die fremden Militärattachés wurden unter Bedeckung nach Norden geführt; sie beobachteten, wie ein ununterbrochener Strom von Transportmaterial und Soldaten die Eisenbahnbrücke passierte. — Als die erste Granate in die Feuers-Niederlassung fiel, waren in 15 Minuten die Truppen- und Lazarettzüge und auch andre Züge, gefüllt mit den Einwohnern, zur Abfahrt bereit und nur die Chinesen blieben zurück. Ein Hausen Menschen, die im Bagada-Park-Restaurant frühstückten, flohen von Furcht ergriffen über Hals und Kopf, die Kellner voran. Offiziere und Ordnonnanz, ein allgemeines Durcheinander suchten Schutz unter dem nördlichen Wall der Stadt. Die Chinesen gingen sofort an zu plündern, aber, wenn man sie dabei abfahle, wurde kurzer Prozeß mit ihnen gemacht. Inzwischen fielen sich die Verteidigungs- und Schützengräben im Westen und Süden der Stadt mit neuen russischen Truppen, während man das Gros der Armee hauptsächlich sich zurückziehen sah. Man konnte die Japaner in vorzüglicher Haltung herankommen sehen und dem tödlichen Schrapnel- und Geschwader die Sten bieten. Ueber die Hügel im Süden, wo die Russen die Entfernungen abgemessen hatten und ihre Geschütze eine schreckliche Verwüstung anrichteten, kamen die Japaner glänzend über die Schützengräben. Ein Bataillon verlor alle Offiziere und ein Unteroffizier ergriff das Kommando. — Um 8 Uhr morgens am 2. September ging Kuropatkins Zug nach Norden ab bis auf zwei Drittel des Weges nach Jentai; 5 Meilen von dort hatte mit Tagesanbruch die Schlacht angefangen; ein ununterbrochener Regen von Geschossen fiel auf die Eisenbahnlinie; die Russen verloren hier einen Hügel, gewannen ihn und verloren ihn wieder, wobei Kuropatkin persönlich die Leute anfeuerte. Ein unmittelbarer überführter Rückzug der gesamten Liaujang-Armee wurde nur durch die Wiedereroberung eines Hügels östlich von Jentai verhindert; er ging bald wieder verloren, aber der Zweck war erreicht.

Bei Tagesanbruch war Kuropatkins Ziel noch nicht erreicht, doch hatten die Japaner einen unüberwindlichen Sieg errungen. Nachdem in der Nacht des 2. September heftiges Geschwader geherzt hatte, begann am 3. September bei Tagesanbruch Geschwader. Am Nachmittage dieses Tages erreichte das Geschwader der Japaner die Stadt vom jenseitigen Ufer des Taisseflusses aus. In der Stadt stand alles Holzwerk, die hölzernen Türme usw. in Flammen, 220 Chinesen waren verwundet. Bei Einbruch der Nacht wurden alle russischen Posten eingezogen und die Pontonbrücken wurden in aller Hast abgebrochen. Die Japaner nahmen Besitz von der Stadt und sich selbst wurde Gefangen genommen. Die russischen Streit-

kräfte waren an Zahl den japanischen gleich und betragen ungefähr 150 000 Mann; aber die Russen verloren mehr Leute hinter ihren Schützengräben, als die Angreifer, infolge der größeren Schützweite und Feuergefechtswindigkeit der japanischen Artillerie.

### Die Verluste bei Liaujang.

Tokio, 11. September. (Amtliche Meldung.) Die Gesamtverluste der japanischen Armee in den Kämpfen bei Liaujang seit dem 26. August werden auf 17 539 Mann beziffert, einschließlich 136 Offiziere tot, 464 verwundet. Auf den rechten Flügel der Armee entfallen davon 4866, auf das Centrum 4992 und auf den linken Flügel 7681 Mann.

London, 10. September. Die hiesige japanische Gesandtschaft veröffentlicht folgende vom heutigen Tage datierte Depesche aus Tokio: Die Marschall Oyama berichtet, hat die japanische Armee des rechten Flügels nach dem Kampfe vom 4. und 5. d. M. das Kohlendioxid Jentai und den Jumenten-Hügel besetzt. Die Hauptmacht der Russen hat sich, wie man glaubt, nördlich des Hundes zurückgezogen. Eingeborene sagen, die Russen hätten 10 000 Mann an Toten oder Verwundeten in Eisenbahnzügen fortgeschafft. Seitens der Japaner sind über 3000 Russen beerdigt worden. Vor der Räumung von Liaujang brannten die Russen die Magazine in der Nähe der Eisenbahnstation nieder, aber die Japaner erbeuteten doch eine gewaltige Menge Vorräte und Munition.

Petersburg, 11. September. Die Verluste der bei den feindlichen Kämpfen bei den letzten 10 Schlächtlagen werden nunmehr auf 70 000 Mann veranschlagt. Von 300 Grenzdistanen, welche einen exponierten Posten zu verteidigen hatten, und die von den Japanern umzingelt wurden, sind nur 90 mit dem Leben davon gekommen, welche sich mit dem Bajonett einen Durchgang erschufen. Viele Leichen befinden sich noch im hohen Graße, die erst aufgefunden werden, wenn das Gras gemäht wird. Es fehlt auch an Leuten, die nach Leichen suchen. — Mehrere japanische Truppenabteilungen sollen sich schwerer Vergehen gegen die Disziplin schuldig gemacht haben, indem sie trotz strengem Verbotes in Liaujang plünderten und einen russischen Missionar töteten.

### Ueber die Bedeutung des japanischen Sieges bei Liaujang

urteilt der militärische Mitarbeiter der „Berliner Neuesten Nachr.“: „Aber auch in operativer Beziehung haben die Kämpfe bei Liaujang die russische Armee in der Wandschrei in eine ungünstige Lage gebracht. Durch den Verlust von Liaujang und den höchst wahrscheinlichen Verlust von Muiden verlieren die Russen einen Teil ihrer Magazine, Depots usw., was die Verpflegung und Erhaltung der Armee erschwert. General Kuropatkin muß aber sehr ernstlich mit diesen Verhältnissen rechnen, denn eine Armee, welche in der Hauptsache auf eine einzige Zufuhrlinie aus der Heimat angewiesen ist, kann infolge ungenügender Verpflegungsverhältnisse geradezu operationsunfähig werden! Diese seit Liaujang sehr in Vordergrund tretenden Erwägungen müssen aber auch auf die operativen Entschlüsse der russischen Feldherren von schwerwiegendem Einfluß sein. Die Japaner dagegen sind an solche Rücksichten nicht gebunden. Ihr Zufuhrweisen funktioniert nach wie vor ausgezeichnet, zumal sie jetzt in den fruchtbarsten Teil der Wandschrei eingerückt sind, während die Russen immer mehr in unfruchtbare, arme Landstriche geraten.“

Kassel, 11. September. Daß Rußland bei der angeordneten Mobilisierung zweier weiterer Armeekorps schon recht weit in den Jahrgängen zurückgegriffen muß, erhellt daraus, daß mehrere bei hiesigen Ziegeleibetrieben beschäftigte Arbeiter aus Südrussland und Wolodien, von denen einige schon inmitten der vierziger Jahre stehen, telegraphische Befehlsbefehle von ihren Militärbehörden erhalten haben. Den Telegrammen folgten am nächsten Tage schriftliche Einberufungsbefehle, denen ein besonderer Hinweis auf die im Falle der Nichtbefolgung des Befehls zu erwartenden Strafen beigefügt war.

Petersburg, 12. September. In den letzten Tagen wurden hier zwei Japaner verhaftet, die vor dem Ausbruch des Krieges als Handlungsgehilfen hier thätig waren. Einer derselben war zur griechisch-katholischen Kirche übergetreten und hatte eine Russin geheiratet. Aus den in der Wohnung der Verhafteten gefundenen Papieren geht hervor, daß beide japanische Marine-Offiziere sind, welche Spionage betrieben.

## Gewerkschaftliches.

Mit einem glänzenden Siege des Bergarbeiter-Verbandes haben, wie uns ein Privattelegramm aus Bochum meldet, die Knappschaftswahlen geendet. Von 310 Sprengeln hat nach den bisher bekannt gewordenen Zahlen der Verband 175 erobert; 175 erhielt der christliche Zehngewerksverein; die „Gemäßigten“ bekamen 10, die Polen 5 Siege. Die christliche Zehngewerksmajorität ist gestärkt; eine große Verbandsmajorität steht fest! Viele „Christliche“ Führer sind nicht wiedergewählt.

Im Bezirk Dberhausen hat der Bergarbeiter-Verband von 35 Siegen 25 erobert, im Bezirk Bochum von 49 Siegen 33, im Bezirk Dortmund von 68 Siegen 55; in diesen Bezirken hat also der Verband eine Majorität von mehr als zwei Drittel.

Die Wahlbeteiligung war, wie der erhitzte Kampf vorausahnen ließ, eine beispiellos starke. In der Arbeiterschaft, nicht nur unter den Bergleuten, herrscht heller Jubel.

Auf die Werkschiffe hat der Ausfall der Wahl geradezu niedererschmetternd gewirkt; ein Zehnenblatt nennt Brust, den belannten Leiter des christlichen Zehngewerksvereins, schon den „Organisator der Niederlagen“.

Diese Knappschaftswahlen sind das Jena des Zehngewerksvereins, vielleicht gar das Jena des Centrums unter den Bergleuten!

Die Verleumdungen haben über den Ausfall der Wahl anscheinend den Kopf verloren und beginnen bereits mit Maßregelungen der dem Verband angehörigen neugewählten Knappschafts-Keltesten. Auf der Zechen „Herkules“ wurde, wie uns aus Essen gemeldet wird, am Montag der neugewählte Kelteste Wagner, der den Zehngewerks Schläfer verdrängte, gemahregelt. Die Verlegung wurde vorstellig und es kam, wenn die Verwaltung nicht nachgibt, jeden Tag zum Zustand kommen. Die Erregung der Arbeiter ist eine gewaltige.

### Berlin und Umgegend.

Der Streik der Arbeiterinnen des Glühlampenwerkes von Siemens u. Halke dauert unverändert fort. — Daß die Direktoren der beiden andern Werke der Firma die Arbeiterauschüsse für den Streik zu interessieren suchten, geschah offenbar nur unter der Voraussetzung, die Ausschüsse würden ihrer Darstellung der Sachlage unbedingten Glauben schenken und somit auf Seite der Firma treten. Wie wäre es sonst zu erklären, daß am Sonnabend der Direktor Dittmann auf dem Werke in der Frankfurterstraße dem Arbeiterauschuss mitteilte, man wolle sich nicht in den Streik beim Glühlampenwerk mischen? Warum trat man denn überhaupt mit den Arbeiterauschüssen in Verbindung? Offenbar hielt man die Arbeiterauschüsse für eine gute Einrichtung, falls sie den Interessen der Firma dienen wollten, wurde ihrer Mitwirkung aber sofort überdrüssig, als man merkte, daß sie — wie es den Wünschen eines Arbeiterauschusses entspricht — die Rechte der Arbeiterinnen schätzen und auf die von den Streikenden vorgeschlagene vernünftige Regelung der Sache hinwirken wollten.

In der gestrigen Besprechung der Streikenden des Glühlampenwerkes wurde auch erwähnt, daß die Firma durch Zeitungsannoncen „Arbeiterinnen bei hohem Lohn“ sucht (der „hohe Lohn“ beläuft sich auf ungefähr 14 bis 17 Pf. die Stunde) und daß sich unter den Blättern, die auf diese Weise Streikbrecherinnen zu vermitteln suchen, auch die „Morgenpost“ befindet, die sich bei andern Gelegenheiten in ihrem redaktionellen Teil schon recht arbeiterfreundlich ausgesprochen hat. Wenn so etwas geschieht, dann sollten sich die Vertreter dieser Blätter nicht wundern, wenn sie keine Sympathien bei der Arbeiterschaft finden. — Was die Haltung der Streikenden anbelangt, so zeigte sich in der Besprechung, daß alle einmütig entschlossen sind, den Streik fortzusetzen. Den polizeilichen Verfolgungen der Streikposten (gestern sind wiederum zwei festgesetzt worden) halten die Arbeiterinnen mit rühmender Tapferkeit stand und beweisen damit, daß sie auch hierin männlichen Streikenden Arbeitern um nichts nachstehen. — Die Zahl der Streikenden beträgt, abgesehen von den 11 Glasbläsern, jetzt 344.

Der Streik der Glasbläser. Die Zahl der streikenden Glasbläser, Polierer und Beleger ist zur Zeit 175; zu den neuen Bedingungen arbeiten 73. Die Streikenden halten einmütig aus im Kampfe. Wahrscheinlich wird der Streik in den nächsten Tagen noch auf ein paar Werkstätten ausgedehnt werden, wo die Arbeitgeber bisher glaubten, ihre Arbeiter würden unberührt vom Kampfe der Kollegen in stumper Zufriedenheit weiter arbeiten. Von den Streikenden ist keiner abtrünnig geworden und die wenigen Arbeitswilligen, die von arbeitslos herangeholt wurden, werden vermutlich bald zu der Erkenntnis kommen, daß sie wohl etwas Besseres thun könnten, als hier ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Es steht also offenbar für die Arbeiter recht günstig mit dem Streik. Die Arbeitgeber scheinen in großer Verlegenheit zu sein; einzelne versuchen jetzt selbst ihre notwendigen Arbeiten herzustellen, bei einem hat sogar die Frau Meisterin sich an die Arbeit herangemacht und der bereits im vorigen Berichte erwähnte Herr Dittmann sucht wiederum, wie im Jahre 1900, Mädchen anzulernen. Die werden aber wohl dieser Arbeit, die sich keineswegs für das weibliche Geschlecht besonders eignet, bald überdrüssig werden. Uebrigens nehmen die Arbeitgeber in reichlichem Maße die Polizei in Anspruch, obgleich die Streikenden, die sich durchaus im Rahmen der gesetzlich gewährleisteten Rechte bewegen, keinen Anlaß zu polizeilichem Einschreiten und zu der Polizeibewachung geben, wie sie rüchzigertweise vor den Häusern der vom Streik betroffenen Arbeitgeber zu finden ist. Aus keinem andern Grund als weil sie Mädchen, die um Arbeit nachfragen wollten, auf den Streik aufmerksam machen wollten, sind 2 Streikende festgesetzt worden. Auch bei diesem Streik suchen einzelne Polizeibeamte durch Androhung gesetzlich nicht zulässiger Maßnahmen die Streikenden vom Streikpostenstehen abzuhalten. So wurde in der gestrigen Streikerversammlung der Glasbläser berichtet, ein Nachtmeister habe einem Streikenden gegenüber geäußert: „Was meinen Sie wohl, wenn ich Ihnen überhaupt verbiete, die Große Frankfurterstraße zu betreten?“ — Selbstverständlich bleiben derartige Drohungen wirkungslos, denn die Streikenden kennen ihre Rechte und wissen, wie sie ihre Pflicht als Streikposten zu erfüllen haben, und die Leitung des Streiks sorgt schon dafür, daß ein jeder mit den betreffenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung genau vertraut ist. — Der Herr Salamons hat, wie es scheint, in Fürtz keinen guten Hong gemacht, er soll jetzt in Frieden nach Arbeitswilligen suchen, wird aber wohl auch dort nicht viel Glück haben.

Der Streik und die Sperre in den Filzschuhfabriken von Schweiger und von Kusche sind durch Verhandlungen zwischen den Vertretern des Verbandes der Berliner Schuhfabrikanten und des Vereins deutscher Schuhmacher erledigt worden. Die Vereinbarungen wurden gestern Abend von einer außerordentlichen Generalversammlung der hiesigen Filiale des Vereins deutscher Schuhmacher gut geheßen. Wir werden ersucht, hierüber folgende Erklärung zu veröffentlichen:

In einer am 8. d. M. stattgefundenen gemeinschaftlichen Verhandlung von Vertretern des Berliner Fabrikanten-Verbandes, des Vereins deutscher Schuhmacher und der beteiligten Parteien sind in Sachen Schweiger und Kusche folgende Abmachungen getroffen worden:

In der Sache Kusche sind beide Kommissionen übereingekommen,

1. daß der Boykott gegen Kusche aufgehoben wird;
2. daß Kusche ehrenvolllich zupichert, keine geringeren Löhne zu bezahlen als vor dem Boykott;
3. die Aufhebung des Boykotts der Fabrikanten über König, Silbbrandt und Wittner ist in Erwägung zu ziehen.

In der Sache Schweiger:

1. daß der von beiden Parteien ausgearbeitete Lohntarif von beiden Seiten angenommen wird;
2. daß der Arbeiter kurz auf seine Wiedereinstellung verzichtet;
3. daß sämtliche Arbeiter die Arbeit bei Schweiger wieder aufnehmen können, soweit sie die Arbeit aufnehmen wollen.

Auf Grund dieser Vereinbarungen ist der Streik bei der Firma Alex Schweiger, Rungestr. 20, beendet. Nachdem die gestern stattgefundenen Generalversammlungen des Vereins deutscher Schuhmacher ihre Zustimmung in Bezug auf die Sache Kusche gegeben hat, erklären wir hiermit die Sperre über die Filzschuhfabrik von Kusche, Wäldingstr. 8, für aufgehoben.

Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Achtung! Galanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen! Der Streik bei den Firmen Madensen, Ritterstraße 47, und Kühne (Galanteriewarenfabriken) dauert unverändert fort. — Zugang ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission.

### Deutsches Reich.

Den Textilarbeitern Neu-Münsters in Holstein, die in eine Verlegung zur Errichtung des Jehnshundentages getreten sind, ist von den Arbeitgebern erklärt worden, daß diese zur Zeit nicht in der Lage sind, ihren Wunsch zu erfüllen. Eine Versammlung der Textilarbeiter beauftragte die Vorstände des christlichen und deutschen Textilarbeiterverbandes unter Hinzuziehung des Centralvorstehenden Häußch, nochmals zwecks Schlichtung der Differenzen auf gütlichem Wege persönlich bei dem Fabrikantenverein vorstellig zu werden. Die Beauftragten haben in einer demnächst einzuberufenden Versammlung Bericht zu erstatten.

Der Steinseherstreik in P r e s l a u kann als beendet gelten. Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts kam eine Einigung zu Stande, daß die Arbeit am Montag wieder aufgenommen wird. Die Meister verpflichteten sich, die zehnstündige Arbeitszeit strikte einzuhalten. Ueberstunden dürfen nur in den dringendsten Fällen verlangt werden, und nur unter Bezahlung des tariflichen Zuschlags von 15 Proz. Maßregelungen der am Streik beteiligten Gewerksamen dürfen nicht stattfinden.

Die Steinseher Rönigsbergs sind in einen Abwehrstreik getreten.

München, 12. September. Das gesamte Wächterpersonal der Münchener Wad- und Schließerei-Kasse ist gestern Abend vor Dienstritt wegen Lohnsdifferenzen in den Ausstand getreten. Die Unterhandlungen der Direktion mit den Angestellten haben bisher zu keinem Resultat geführt.

Die hiesigen Arbeiter von Fürtz i. B. ließen durch ihre Organisation an die Stadtverwaltung eine Anzahl von Forderungen stellen. Es wird zunächst bezüglich der Alters- und Invalidenversicherung verlangt, daß der Rentenanspruch nach zehnjähriger Dienstzeit 50 Proz. des letzten Dienstverdienstes betragen und mit 1 1/2 Proz. jährlich bis zu höchstens 75 Proz. steigen soll. Der Rentenbetrag darf aber nicht unter 400 M. jährlich für männliche und 300 M. für weibliche Personen betragen. Unzulässig soll es sein, daß der Lohn eines Arbeiters wegen verminderter Leistungsfähigkeit herabgesetzt wird. Ferner wird die Schaffung einer Witwen- und Waisenversicherung verlangt, wonach die Witwe eines verstorbenen Gemeinde-Arbeiters 50 und jede Waise 15 Proz. des Rentenbetrages der Alters- und Invalidenversicherung erhalten sollen. Halb- und Vollwaisen nur bis zum vollendeten 15. Lebensjahre. Die andern

Forderungen betreffen Regelung der Lohnverhältnisse verschiedener Arbeiterkategorien usw. Das Gemeindefollegium befahl sich mit den Anträgen und sprach sich nicht gegen dieselben aus, sondern verwies sie zur Staatsberatung.

#### Ausland.

##### Der 37. englische Gewerkschaftskongress.

Die Sitzungen des Arbeiterparlamentes, wie die liberalen Blätter in beredender Schmeichelei den Gewerkschaftskongress bezeichnen, sind vorüber. Die Verhandlungen zogen sich ruhig und geschäftsmäßig dahin, fast nie erlangten sie einen höheren Schwung. Punkt für Punkt wurde verhandelt. Resolution nach Resolution durch Abstimmung erledigt; viele der letzteren sind alte Bekannte, die schon von früheren Kongressen beschlossen worden sind und die immer wiederkehren. Die Debatte über das Arbeitervertreter-Komitee, die vielleicht zu einigen politischen und prinzipiellen Auseinandersetzungen geführt haben würde, wurde durch das Geschäftsordnungs-Komitee des Kongresses nicht zugelassen, weil der Gewerkschaftskongress keine Macht und kein Recht habe, die Angelegenheiten einer anderen unabhängigen Organisation zu diskutieren. Und so ging der Strom der Resolutionen langsam an dem Kongress vorüber, ohne irgend wie Anstrengung hervorzurufen zu haben. Inzwischen sind einige Beschlüsse von erheblicher Wichtigkeit gefaßt worden, die wir hier noch kurz anführen möchten:

Zunächst gelangte wiederum eine Resolution zur Annahme, die sich gegen das Schwitzsystem und die Heimarbeit ausspricht und in der die Ausdehnung der Fabrikinspektion auf dieselbe verlangt wird. Ebenso gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die Beschäftigung von ausländischen und ungelerten Arbeitern in den Bergwerken verboten wissen will, allerdings nachdem die Antragsteller das Verlangen damit begründet hatten, daß die Beschäftigung von Ausländern, die der englischen Sprache nicht mächtig sind und darum Anordnungen, Jurufe usw. leicht mißverstehen, eine ständige Gefahr für Leben und Gesundheit ihrer selbst und ihrer Mitarbeiter bilden. Sodann wurde das P. C. noch beauftragt, eine Anzahl von Vergleichen vor das Parlament zu bringen, darunter befindet sich die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit in den Bergwerken, wobei der übliche Protest der Northumberland-Bergleute gegen den obligatorischen Achtstundentag prompt abgelehnt wurde. Mit Ach und Krach (nämlich mit 518 000 gegen 513 000 Stimmen) wurde sodann beschlossen, ein wöchentlich erscheinendes Arbeiterblatt herauszugeben, vorausgesetzt, daß die dazu nötigen 200 000 M. von den Gewerkschaften aufgebracht werden. Zum Unfallversicherungsgesetz wurden eine Reihe Änderungsanträge angenommen, deren wichtigste sind: die Ausdehnung desselben auf alle Industrien und Gewerbe, welche Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter in sich bergen, Zahlung einer Rente von nicht weniger denn 50 Proz. des vollen Arbeitslohnes und zwar vom ersten Tage des Unfalls ab.

In scharfen Angriffen gegen die Regierung kam es bei der Debatte über die Einfuhr der Chinesen in Südafrika. Stadman (Schiffszimmerer) behauptete hierbei, daß die englischen Arbeiter den Arbeitern anderer Nationalität durchaus nicht feindlich gegenüberstünden; sie wollten sich nur dagegen wehren, daß chinesische und andre ausländische Arbeiter auf englischen Boden kommen und durch billige Löhne die Lebenshaltung der englischen Arbeiter herabdrücken. Von den übrigen Beschlüssen sei noch hervorgehoben die Annahme einer Resolution, in welcher die Erwerbung von Grund und Boden und die Erbauung von Arbeiterwohnungen durch die Kommunen, sowie billige Eisenbahnfahrten für die Arbeiter gefordert wird.

Der Kampf in Marseille dürfte wohl zu Gunsten der Arbeiter entschieden sein. Die straffe Disziplin und Solidarität der Hafenarbeiter triumpht über die Brutalität der kapitalistischen Koalition; der strikte Zusammenhalt der Unternehmer ist gebrochen. Ein Teil der kleineren Unternehmer, welche es überdrüssig waren, im Interesse der Arbeiter den Kampf mit den Arbeitern zu führen, sowie ein Teil der ausländischen Schiffahrtsgesellschaften haben die Auslieferung aufgehoben und die Hafenarbeiter haben beschlossen, bei diesen die Arbeit wieder aufzunehmen. Bereits am Sonnabend sind gegen 700 Arbeiter unter Aufsicht und Mitwirkung der Organisation wieder eingestellt worden. Dieselben zahlten laut Beschluß 1200 Frs. von ihrem Tageslohn in die Streikkasse; bezüglich der Seeleute ist noch alles beim alten.

Budapest, 12. September. In der heutigen Einigungsverhandlung zwischen den ausländischen Bauern und den Bauernmeistern ist eine Einigung nicht erzielt worden. Die Bauernmeister verlangten gegenüber der Forderung eines Mindestlohnes die gleichzeitige Festsetzung einer Mindestarbeitsleistung, ferner die Zusage, daß die Einhaltung der Vereinbarung nötigenfalls erzwungen werde. Die Forderungen der Arbeiter waren ferner: Anerkennung des Vertrauensmänner-Systems, Aufhebung der schwarzen Listen und Einsetzung eines ständigen Ausschusses aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Abstellung von Beschwerden.

Die große Steinhauer-Ausdehnung in Bohuslän dauert jetzt bereits über 4 Monate und hat den Arbeitern schon ungefähr 140 000 Kronen gekostet. In der vorigen Woche haben wiederum Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden, haben aber, obgleich sie sich über drei Tage erstreckten, zu keiner Einigung geführt. Die Arbeitgeber hielten an ihrer Preisberabstimmung auf die für Deutschland und England bestimmten Steinsorten fest und weil die Arbeiter hierauf nicht eingehen wollten und konnten, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die Arbeitgeber wollen ihr Angebot zu dem erwähnten Punkt des Tarifs bis zum 14. September aufrechterhalten, es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß die Arbeiter noch darauf eingehen. — Es sind in ganzen 10 Arbeitgeber, die die Auslieferung der ca. 1000 Steinhauer versagt haben und durchzuführen.

## Aus Industrie und Handel.

Zur Hibernia-Angelenheit. Die Leiter des Rheinisch-westfälischen Kohlenhandels scheinen nun doch eingesehen zu haben, daß es für sie vorteilhafter sei, in der Hiberniafrage einzulassen. Als Punkt 2 steht auf der Tagesordnung der zum 16. d. M. einberufenen Besenbesitzer-Versammlung: „Erneute und erweiterte Ermächtigung des Aufsichtsrates und Vorstandes zu Verhandlungen mit dem Bergwerksrat.“

Die Getreidepreise auf den deutschen Fruchtmarkten haben während des August eine merkliche Steigerung erfahren, was um so mehr zu beachten ist, als sonst von Juli auf August eine Ermäßigung einzutreten pflegt. Die Preissteigerung erstreckt sich auf sämtliche Getreidearten. Der Durchschnittspreis für den Doppelcentner Weizen stellte sich fürs Reich auf 17,51 M. gegen 17,20 im Juli und 16 M. im August vorigen Jahres. Am höchsten von den einzelnen Provinzen und Staaten war der Durchschnittspreis in Elsaß-Lothringen mit 18,55, am niedrigsten in Westfalen mit 16,25 M. Roggen stieg im Durchschnitt für das gesamte Reich von 13,40 auf 13,52 M. Als höchste Preise wurden für Dinkelweizen, Bayern, Württemberg und Baden 16 M. notiert. Gerste stellte sich für das Reich im Durchschnitt mit 65 Marktlorten auf 13,95 M. im August gegen 13,07 im Juli und 12,75 im August 1903. Der höchste Durchschnittspreis mit 16,45 M. ergab sich für Württemberg, der niedrigste mit 11,55 für Schleswig-Holstein. Für Hafer ergab sich ein Durchschnittspreis von 13,77 M. gegen 13,51 im Juli und 13,09 im August vorigen Jahres. Nur für nachstehend aufgeführte Provinzen und Staaten ist gegenüber dem Juli ein Abfall der Preise eingetreten. Weizen ist in Westpreußen (von 18,64 auf 16,85 M.), in Pommern, Posen, Schlesien, Schleswig-Holstein, Hannover und Schwarzburg-Sondershausen ge fallen; Roggen in Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Elsaß, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau; Gerste in Westpreußen, Posen und im Rheinland; Hafer endlich in Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen und Schlesien.

Ein Erfolg der Anatolischen Bahngesellschaft. Zwischen dem Ministerium der kaiserlichen Civilliste und dem Generaldirektor der

Anatolischen Bahnen Geheimrat Jander wurde, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Konstantinopel gemeldet wird, ein Vertrag unterzeichnet, wonach sich die Anatolischen Bahnen verpflichten, auf eigene Kosten Vorarbeiten über das Vorkommen von Petroleum in den der Civilliste durch mehrere Deutsche konzessionierten Gebieten der Wilajets Mossul und Bagdad vorzunehmen. Dagegen erhalten die anatolischen Bahnen, falls sie auf Grund ihrer Studien die Ausbeutung der Quellen übernehmen, das Recht hierzu auf die Dauer von 40 Jahren. In diesem Falle hat über die Beschaffung der Betriebsmittel eine besondere Verständigung mit der kaiserlichen Civilliste zu erfolgen, welche ihrerseits an den Nettoüberschüssen in einem noch zu fixierenden Verhältnis beteiligt sein wird. Auch für den Fall, daß aus irgend einem andern Grunde als dem Verzicht der Gesellschaft eine Verständigung über die Exploitation zwischen beiden Parteien nicht zu erzielen wäre, bleibt den anatolischen Bahnen ein Vorkrecht vor jedem Dritten gewahrt.

Frankreich, englische und holländische Interessenten waren gleichfalls seit zwei Jahren bestrebt, die Vorkonzession von der Civilliste zu erhalten.

Hamburg-Amerika-Linie. Ein hiesiges Blatt hatte gemeldet, daß die Hamburg-Amerika-Linie ihr Aktienkapital zu erhöhen beabsichtige. Diese Meldung wird von der „Neuer Hamburger Pressehalle“ dementiert. Es sei weder für dieses, noch für die nächsten Jahre eine Kapitalerhöhung geplant.

Die Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft in Bochum, von deren Absicht, die Aktiengesellschaft „Friedlicher Nachbar“ zu erwerben, wir kürzlich berichteten, beruft für den 30. September nach Bochum eine ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung ein. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: Herabsetzung des Grundkapitals von 24 175 000 Mark auf 12 087 000 M. durch Zusammenlegung der Vorzugs- und der Stammaktien im Verhältnis von 2:1 zwecks Vornahme von Abänderungen; ferner Genehmigung eines mit der Bergbau-Aktiengesellschaft „Friedlicher Nachbar“ abgeschlossenen Vereinigungsvertrages und in Verbindung hiermit die Erhöhung des Grundkapitals um nom. 5 000 000 M. durch Ausgabe von 5000 auf den Inhaber lautenden, vom 1. Juli 1904 ab dividendenberechtigten Aktien, welche den Aktionären der Bergbau-Aktiengesellschaft „Friedlicher Nachbar“ gewährt werden sollen; drittens Erhöhung des Grundkapitals zur Verstärkung der Betriebsmittel der Gesellschaft um weitere 2 913 000 Mark durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden vom 1. Juli 1904 ab dividendenberechtigten Aktien.

Frankreichs Getreideernte. Das Bulletin des Hautes veröffentlicht eine Schätzung der Getreideernte in Frankreich und in der ganzen Welt für das Jahr 1904. Für Frankreich schätzt das Blatt die diesjährige Ernte auf 106 638 700 Hektoliter gegen 128 836 615 Hektoliter im Jahre 1903, das bedeutet also gegen das Vorjahr in runden Zahlen einen Minderertrag von 22 Millionen Hektoliter gegen den Durchschnittsertrag der letzten 5 Jahre, der 117 24 082 Hektoliter betrug. Das genannte Blatt bemerkt dazu, daß in diesem Jahre die Qualität der Ernte den quantitativen Ausfall einigermaßen ausgleiche; außerdem müsse man den großen Ertrag an Getreide des vorigen Jahresjahres besonders in Betracht ziehen, wodurch die nötige Menge des einzuführenden Getreides bedeutend verringert werde.

Rußlands sinkender Kredit. In seinem „Wirtschaftliches bei Nordauer des Krieges“ überschriebenen Leitartikel behandelt der „Deutsche Oekonomist“ die Finanzlage und die Kreditwürdigkeit Rußlands. Wietet der Artikel auch in Bezug auf die russischen Finanzverhältnisse nichts Neues, so ist er doch insofern interessant, als er zeigt, wie sehr die letzten Niederlagen Rußlands auch im kapitalistischen Lager das Vertrauen zur russischen Regierung vollständig untergraben. Noch vor einem halben Jahre wären derartige Ausführungen, wie sie sich heute der „Oekonomist“ leistet, in der Finanzpresse kaum möglich gewesen:

„Auf alle Fälle sollten vorsichtige Leute niemals die Wahrscheinlichkeit aus den Augen verlieren, daß Rußland sich wieder an den ausländischen Geldmarkt wenden muß, umso mehr, wenn sich, wie nur zu wahrscheinlich, der Krieg in die Länge zieht. Bei der Verteilung der Güte einer solchen Anlage sollte namentlich der Privatmann vorzichtig sein. Die Thatfache, daß bisher die Zinsen fast mit voller Sicherheit und Sicherheit bezahlt sind, darf man unmöglich als maßgebend ansehen. Ganz abgesehen davon, daß Rußland auch schon lange Zeit ein hohes Goldagio gehabt hat und daß es vor kurzem seinen Papierwandel zu Zweidrittel seines ursprünglichen Goldwertes in Gold einlösbar gemacht hat; Rußland lebt jetzt unter ganz ungewöhnlichen Umständen. Im Innern trachtet der ganze Sta. Die Ermordung des Gouverneurs von Finnland und des Ministers des Innern sind wie ein bitartiges Aufleuchten in dunkler Nacht. Sie zeigen, daß die unheimlich schleichenden Gewalten noch immer vorhanden sind und die Grundbesitzer des Staates bedrohen. Die riesigen Menschenopfer in Ostasien für den durchaus unpopulären Krieg werden die Stimmung des Volkes nur noch mehr reizen und die Erbitterung in weitere Kreise tragen. Die Führung des Krieges hat in einer Weise die Verkommenheit der Verwaltung enthüllt, daß man gar nicht sagen kann, woher denn noch Vertrauen kommen soll. Von oben bis unten herrscht Fäulnis. Verschleißigkeit, Veruntreuung, mangelhafte Ausführung sind an der Tagesordnung. Selbst wenn man gar nicht einmal mit einer politischen oder finanziellen Katastrophe rechnen will, so muß die Aussicht auf wachsenden Geldbedarf schon Besorgnis erwecken. Denn der Preis der Kreditgeber dürfte enger und enger werden. Früher zählten die Russen auf den nordamerikanischen Geldmarkt; dort dürfte jetzt wenig Aussicht sein, denn die Amerikaner haben das russische Vordringen in der Mandchurie und ihre Bestrebungen, China unter die Fuchtel zu bringen, mit ausgesprochenster Abneigung betrachtet. . . . Frankreich vergrößert schon jetzt ungern die Summen, die es den Russen anvertraut hat. . . . In Deutschland scheinen die Staatsmänner jetzt gut mit Rußland zu stehen. Das ist ja auch nur zu rühmend, denn so scharf die Volksverheerung gegen England verurteilt werden mußte, so wenig wäre eine solche gegen Rußland wünschenswert. Von da bis zu einer Geneigtheit der deutschen Kapitalisten, ihr Geld der russischen Finanzverwaltung anzuvertrauen, ist noch ein weiter Schritt. Wüssen sie doch damit rechnen, daß diese zu immer schlechteren Kursen Geld aufnehmen muß und daß daher, selbst wenn das Kapital sicher sein sollte, der Einlaufpreis der Anleihe schon nach wenigen Monaten zu teuer sein könnte.“

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen! Heute abend 8 Uhr findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Parteiversammlung statt, in welcher die Delegierten der Berliner Parteigenossen über den internationalen Kongress in Amsterdam Bericht erstatten werden. Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen um zahlreiche Beteiligung. Die Vertrauensleute.

Den Parteitag-Delegierten zur Nachricht, daß der bequemste Zug zur Fahrt nach Bremen morgens 8 Uhr 15 Minuten vom Lehrter Haupt-Bahnhof abfährt. Diejenigen Genossen, welche am Sonntag diesen Zug benutzen wollen, mögen dies behufs Nachbestellung spätestens bis Sonnabend früh dem Genossen Wilhelm Freyhaller, Gartenplatz 1, mitteilen.

Nichtentberg, Mittwoch, den 14. September: Jahlabend des Wahlvereins in sämtlichen bekannten Wahlstellen.

Verloren ging zwischen Station Lehrter Bahnhof und Zoologischer Garten eine Liste zum Parteitag. Der Finder wird gebeten, sie an Wilhelm Ansd., Bollwerstraße 33, gelangen zu lassen. — Desgleichen ging in der Seestraße die Liste 5547 verloren. Abgegeben bei Bahrow, Rabenstr. 6.

Rixdorf, Heute, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Thiel, Bergstr. 151/152, die Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht unter andrem: Vortrag des Ge-

nossen Kagenstein: „Der Kampf gegen den Militarismus“ und Bericht von der Kreis-Generalversammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist daher unbedingt notwendig. Auch haben Gäste Zutritt.

Nummernberg, Mittwoch, den 14. September, findet in sämtlichen Bezirken Jahlabend statt; die Genossen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Wahlverein Groß-Lichterfelde. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Neßen, Chauffeestr. 104: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gerhard Hildebrand über: Die Agrarierherrschaft im deutschen Industriegebiet. 2. Berichtserstattung über die General-Versammlung des Central-Wahlvereins.

Treptow, Morgen, Mittwochabend, ist bei Schmidt, Kieffholzstraße 22, Bezirksversammlung mit außerordentlich wichtiger Tagesordnung. Die Parteipetition ist bei Voigt, Eisenstraße 37, vorn III.

Potsdam, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr ist eine Volksversammlung für Männer und Frauen im Victoria-Garten, Alte Luisenstraße 32. Vortrag des Genossen Dr. Karl Liebknecht: Geheimbundprozess in Königsberg und Ruffensurs in Deutschland.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Exzesse gegen Juden.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Rattowik, 12. September. In der russischen Grenzstadt Sosnowice kam es gestern gelegentlich der jüdischen Neujahrsfeier zu groben Ausschreitungen gegen die Juden. Die Synagoge und viele jüdische Geschäftslokale wurden demoliert, mehrere jüdische Männer und Frauen durch Stockschläge und Messerhiebe verletzt.

Die Ursache der Angriffe bot das Gerücht, ein christlicher Knabe sei von den Juden getötet worden. Die Polizei verhielt sich zunächst ganz passiv; später wurden von ihr zehn Exzedenten verhaftet.

### Herbert Widmark.

Hamburg, 12. September. Die „Hamburger Nachrichten“ teilen mit, sie mühten zu ihrem großen Bedauern heute befähigen, daß Herr Widmark ernstlich erkrankt ist und daß sein Zustand zu Besorgnissen Anlaß giebt. —

### Zum ostasiatischen Krieg.

Kupantse, 11. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Japaner sind sehr enttäuscht darüber, daß der Plan ihrer Armeemissionen ist, welcher darauf ausging, einen Entscheidungslampf bei Niuang zu erzwingen und dadurch die gegenwärtige Mandchurienarmee zu vernichten. Die Japaner schaffen indessen in jeder möglichen Weise Verstärkungen und Vorräte nach Norden. Zur Mündungsgebiete und auf den Nebenflüssen benutzen sie Boote hierzu, während auf allen Straßen und Nebenwegen Getreide und Schießbedarf auf zahllosen Schuttlaren der Eingeborenen weitergeschafft wird. Warichall Ojama hat sein Hauptquartier in Niuang aufgeschlagen, das sich allmählich zu einer modernen japanischen Stadt umwandelt. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Japaner, wenn möglich, eine entscheidende Schlacht auf dem russischen Gebiete annehmen, beziehungsweise erzwingen möchten. Diese Schlacht dürfte wahrscheinlich in einiger Entfernung nördlich von Wulden zu stande kommen. Die Japaner, welche schon bisher glaubten, daß die Russen Dumdumpatronen benutzen, da hin und wieder böse Verbindungen beobachtet wurden, behaupten, daß dies nunmehr betwiefen sei, da in Niuang einige Dumdumpatronen gefunden worden seien; der Beweis ist jedoch keineswegs schlüssig. Einige ständige Brücken, die noch nicht fertig sind, haben den Eindruck erweckt, daß die Russen die Eisenbahn zerstören; die Bahnlinie ist indessen überall unverletzt und die Russen nehmen offenbar an, daß sie wieder zurückkehren; sie haben längs der Bahnlinie eine Befestigungsmachung angeschlagen, in der sie die chinesische Bevölkerung unter Androhung künftiger Bestrafung ermahnen, die Bahnlinie nicht zu beschädigen.

### Der Vormarsch der Japaner.

Petersburg, 12. September. Der Korrespondent der „Wjedomosti“ telegraphiert aus Tieling: Die Japaner, denen man nachsagte, daß sie langsam vorrücken, gehen jetzt sehr schnell vor; sie verstehen es vorzüglich, ihre Umgehungs-bewegungen zu verschleiern. Die Vermehrung ihrer Truppen hilft den Russen wenig, denn die Japaner erhalten auch Verstärkungen aus Jnsou. Außerdem droht Rurolis Planenmarsch nach Norden fortwährend unsere Verbindungen abzuschneiden. So wird die Initiative zum Handeln in den Händen der Japaner bleiben und dieses Manöver wird sich immer wiederholen.

München, 12. September. (B. G.) Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ auf das Bestimmteste berichten, ist in Regierungskreisen von einer neuen Marinevorlage in der nächsten Reichstags-Session nichts bekannt. Es soll auch nicht beabsichtigt werden, in dieser Session mit Marinevorstellungen, die über den etatsmäßigen Rahmen des Flottengesetzes von 1900 hinausgehen, an den Reichstag zu kommen, daß aber mit großer Wahrscheinlichkeit für die Tagung 1905/06 eine Novelle zu diesem Flottengesetz zu erwarten ist.

Strasbourg i. E., 12. September. (B. Z. V.) Die 13. Hauptversammlung des Verbandes deutscher Gewerbetreibender, die heute hier zusammentrat, faßte nach längerer Erörterung folgenden Beschlusses: Die Versammlung erhebt entschieden Widerspruch gegen die auf Einführung des allgemeinen obligatorischen Befähigungsnachweises für das Handwerk gerichteten Bestrebungen. Sie erblickt in der fortgesetzten Behandlung dieser Frage eine Störung der friedlichen Entwicklung der Organisation des Handwerks, wie sie in der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom Jahre 1897 beabsichtigt wurde und erwartet von der Regierung, daß sie solchen wiederholten Störungsversuchen keine Folge geben werde. Die Versammlung empfiehlt jedoch zur Förderung des Handwerks 1. daß die im § 129 der Gewerbe-Ordnung aufgeführten Rechte nur denjenigen vorbehalten werden sollen, welche den Meisterstitel führen dürfen, 2. daß bei Vergabung von öffentlichen Arbeiten bei Gleichwertigkeit der Leistungen die geprüften Meister für ihre Arbeiten den Vorzug vor denjenigen der ungeprüften Handwerker erhalten sollen.

Deitweiler, 12. September. (B. Z. V.) Amliche Meldung. Heute nachmittag 2 Uhr 40 Min. ist kurz an der Station Deitweiler von Schnellzug 4 (Ostende—Basel) der am Schluß laufende dreiwöchige Postwagen entgleist und umgefallen. Zwei vor dem Postwagen laufende vierachsige Wagen entgleisten mit je zwei Köfen. Ein Postbeamter und drei Reisende sind leicht verletzt. Beide Hauptgeleise waren gesperrt. Der Personenverkehr wurt. jedoch durch Umsteigen aufrechterhalten. Bis 6 Uhr abends war die Betriebsstörung beseitigt.

New York, 12. September. (B. G.) New York wurde durch eine neue Schandthat der schwarzen Hand in Aufregung versetzt. 6 Italiener zertrümmerten mittels Pumpen den Laden eines italienischen Barbiers, weil der Besitzer die Erlegung von 500 Dollar verweigerte. Die Pumpen verursachten einen Brand, der zwanzig Familien beinahe den Rettungsweg abschchnitt.

Parteigenossen! Mittwoch Abend in allen Bezirken Berlins und Charlottenburgs!

Wahre Wissenschaft für die Arbeiter.

In der letzten Nummer des „Korrespondenzblattes der General-Kommission der Gewerkschaften“ tritt Herr Chr. Tischendörfer für Wahrgelt zur Verbreitung von Wissen in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein.

Wir wünschen sehr, daß den Arbeitern ein möglichst umfangreiches Wissen zu teil werde, aber wir hoffen zugleich, daß bei der Mehrzahl der Arbeiter nicht solche alberne Gespreiztheit, wie bei Herrn Tischendörfer die einzige Frucht des Unterrichts sein möge. Der sagt von sich: „Wenn nämlich einzelne Mitglieder, vielleicht in manchen Gewerkschaften nur ein Mitglied, die eigene Fortbildung weiter pflegen und hierdurch größere Gesichtspunkte für die Gewerkschaftsaufgaben gewinnen will, werden sie von den Genossen nicht begriffen.“

„Gott, dieser einzige Kuge, weise, so ungeheuer gebildete Tischendörfer unter der großen Herde Dummköpfe! Einmal sitzt er auf dem Throne des Wissens, unter ihm krabbeln alles in Nacht und Finsternis und begreift nicht das Licht, das da oben glänzt!“

„Dann leiden viele Genossen an einer großen Ueberschätzung der praktischen Erfahrungen und sind der leidigen Uebersetzung, damit allein auskommen zu können. Sie verschlingen vielleicht eine umfangreiche Broschürenliteratur und glauben, damit für ihre weitere Ausbildung getan zu haben, was möglich und nötig ist.“

Der Ausgangspunkt der modernen Arbeiterbewegung lag in dem Worte: „Wissen ist Macht.“ Kein geringerer als der alte Liebknecht hat diesen Satz unzählige Male ausgesprochen. Trotzdem wurde er fast immer falsch verstanden. Die Gewerkschaftsbibliotheken beweisen diese Thatsache. In denselben finden sich wohl alle Schriften einer bestimmten Richtung über ihre eigene Wirksamkeit und die Thätigkeit anderer, aber nur ganz selten Bücher anderer Richtungen und Personen.

Die Kämpfe der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen unter einander und gegen ihre gemeinsamen Partner, die Arbeitgeberverbände, ergeben dies tagtäglich. Mit einer Tendenzbildung hat man vor Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung eingesezt und mit einer solchen wird nun in allen gewerkschaftlichen Organisationen weiter gearbeitet. Ein „böses Beispiel“ hat hier die „guten Sitten“ auf lange Zeit hinaus verdorben.

„Der Unterricht soll sich in erster Linie auf die Theorie, Geschichte und Praxis der Gewerkschaftsbewegung erstrecken. Daß hierbei die Entwicklung und Praxis der Unternehmerverbände, die Socialgesetzgebung und die Arbeiterbewegung des In- und Auslandes mit zur Beleuchtung kommen muß, versteht sich von selbst.“

Der arme Tischendörfer ist ein Opfer seines Umganges mit Dozenten und „wahren Arbeiterfreunden“, die in ihm den Wahn großgezogen haben, daß er der einzige vernünftige Arbeiterführer sei, der berufen ist, die Arbeiter mit der Wissen-

schaft, nämlich mit der „wahren“, „objektiven“, „tendenzlosen“ aus dem Lager der „wahren Arbeiterfreunde“ zusammenzukuppeln. Liebknecht, der sich wie keiner gegen die sogenannte objektive Geschichtsschreibung vertahrte, würde den Tischen wohl kräftig schütteln, der ihn vor diesen Wagen spannen wollte. Die Arbeiter sollten sich vor nichts mehr hüten als vor einer Geschichtsschreibung, die sich ihnen im Gewande der Tendenzlosigkeit präsentiert. Der glücklichste Fall bei solcher Geschichtsschreibung ist ein wüster Haufen planlos zusammengetragener Einzelthatsachen ohne jede Ordnung, ohne jeden leitenden Gedanken; meist aber walten gerade in dieser Art Geschichtsschreibung die unter der Maske der Objektivität verpackten, darum um so gefährlicheren Tendenzen der Verherrlichung des Kapitalismus, der Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer oder irgend eines Häufchens, der „gütlichen Weltordnung“, der „historischen Mission der Hohenzollern“ und dergleichen.

„Geschichte ist die Wissenschaft von den im Gesellschaftsleben wirkenden Kräften; solche Wissenschaft kann gar nicht tendenzlos sein.“

„Mit einer Tendenzbildung hat man vor Jahrzehnten in der Arbeiterbewegung eingesezt, und mit einer solchen wird nun in allen gewerkschaftlichen Organisationen weiter gearbeitet.“

„Die Arbeiterbewegung wird aber erst dann zu einer vorteilhaften unerschütterlichen Position im Wirtschaftsleben gelangen, wenn sie eine auf allgemeiner — nicht einseitiger — Kenntnis der Gesamtverhältnisse begründete Vertretung gefunden hat.“

Wir setzen einen Preis auf den, der sich bei diesen Phrasen etwas denken kann.

„Was soll das wohl heißen, daß man in der Arbeiterbewegung mit einer Tendenzbildung eingesezt habe? Will Tischendörfer damit sagen, daß er eine Arbeiterbewegung ohne Tendenz wünscht? Ist überhaupt eine Bewegung ohne Tendenz denkbar? Oder „labiert“ Tischendörfer, wie er so schön sagt, zwischen der Einseitigkeit der Masse und einer Tendenz, von der er noch nicht sagen darf, daß es die Tendenz der friedlichen Harmonie sei?“

„Was heißt eine Vertretung, die auf allgemeiner Kenntnis der Gesamtverhältnisse begründet ist? Die Vertretung der Arbeiterbewegung kann geschickt sein, das heißt, die Arbeiter können sich durch Leute vertreten lassen, die geschickt sind, die etwas wissen. Die Forderungen der Arbeiter können begründet werden mit Argumenten, die sich auf Kenntnis der bestehenden Zustände stützen, die Vertretung der Arbeiter kann begründet sein in der Macht, die hinter der Vertretung steht, oder in dem Auftrage, den die Vertretung von den Vertretern erhalten hat, aber ob Tischendörfer das eine oder das andere oder irgend etwas anderes mit der langen Rede sagen will, läßt sich nicht erforchen.“

„An einer Stelle schreibt Tischendörfer: „Warum stellen sich die Arbeitgeberverbände keine billigen Arbeitskräfte aus dem Arbeiterlande zur Vertretung ihrer Interessen an? Würden sich dazu keine Personen, die vorher 1000 Mark verdient haben und nachher etwa 2000 bis 2500 Mark bekommen könnten, wie die Gewerkschaftsführer, finden? Wenig! Man giebt aber dort 5000 bis 15 000 Mark für seine Angeheilen aus. Aus Liebhaberei? Wahrhaftig nicht, sondern um frische, intelligente, thätigkeitsfähige Geschäftsführer zu haben, auf die man sich in jeder Lage verlassen kann.“

Solchen Unfug schreiben und sich dann hinstellen mit der Klage, daß man nicht verstanden werde, weil man der Masse um eine Pferdelänge geistig voraus sei!

„An einer anderen Stelle citiert Tischendörfer einige Sätze aus dem Bericht einer Gewerkschaft, deren einziger Mangel schlechter Saybau ist, und dann meint er: „So steht es natürlich auch mit der Rede und bei Arbeiterführern auch mit den Umgangformen. Und da wundern man sich noch über die Stagnation — nicht der Mitgliederzahl — aber der Erfolge der Gewerkschaften.“

„Rebendei: Tischendörfer meint vielleicht, weil er ein Fremdwort anwendet, wird sein Satz schöner wie die von ihm verspotteten Sätze des Gewerkschaftsberichts! Davon abgesehen. Wer ungenügende Erfolge der Gewerkschaftsbewegung auf die Umgangformen der Führer zurückführt, bei dem eilt es sehr, daß er sich mit der Geschichte, insbesondere der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beschäftigt. Dringend zu empfehlen ist ihm dabei, daß er die ganze „wahre“ Geschichte auf die Seite legt und zu der greift, die sich ehrlich als das giebt, was Geschichte allein sein kann: eine Darstellung des historischen Geschehens von einem bestimmten Standpunkte aus.“

„Es wären noch einige Worte zu sagen über den Weg, auf dem Tischendörfer den Arbeitern die Wissenschaft seiner Freunde vermitteln will, indessen ist zu einer solchen Kritik wohl noch Zeit. Einstweilen war es wichtiger, die Pseudo-Wissenschaft ins rechte Licht zu rücken, die hier angepriesen wird. Nicht Tischendörfers wegen und auch nicht seiner Einpauler wegen, wohl aber deswegen, weil ihm das „Korrespondenzblatt der General-Kommission“ für seinen Artikel zur Verfügung stand, ohne sich durch einen kräftigen Strich davon zu scheiden.“

Partei-Nachrichten.

Partei-Organisation. Den Delegierten zum Parteitag unterbreitet Genosse Dittmann, Parteisekretär in Frankfurt a. M., folgendes:

Vorwiegend wird den Parteitag die Organisationsfrage eingehender beschäftigen. Es wird aber nicht angängig sein, bei den offiziellen Verhandlungen Detailfragen der Organisationspraxis näher zu erörtern, und doch dürfte eine Besprechung gerade dieser Fragen manchem Delegierten sehr erwünscht sein.

Der Unterzeichnete erlaubt sich daher allen Teilnehmern des Parteitages, welche sich für praktische Organisationsarbeiten interessieren, den Vorschlag zu machen, sich in Bremen an einem Abend zu einem gegenseitigen Austausch der auf diesem Gebiete gesammelten Erfahrungen zusammenzufinden. Diefem Vorschlage sei die Bitte hinzugefügt, von der heimischen Organisation Mutter und Proben des Verwaltungsmaterials in mehreren Exemplaren mitzubringen, wie Statuten, Mitgliedsbücher, Reglements, Instruktionen, Listen, Schemata der Kassensbücher, Abrechnungsformulare, Karten des Mitglieder-registers usw. Es dürfte sich empfehlen, jedes Stück mit dem Stempel der betreffenden Organisation zu versehen, damit die Herkunft nicht zweifelhaft werden kann.

Eine solche Aussprache, wie sie hier vorgeschlagen wird, ohne Zweifel für manchen in der praktischen Organisationsarbeit thätigen Genossen unmittelbaren Nutzen haben und dazu beitragen, daß die Führung der Parteigeschäfte im engeren Sinne mehr als bisher noch

erproben und einheitlichen Grundsätzen erfolgen kann. Ort und Zeit der Zusammenkunft lassen sich auf dem Parteitage selbst noch näher festlegen.“

Partei-Preffe. In die Redaktion des Braunschweiger „Volksfreund“ tritt am 1. Oktober der Genosse Otto Friedrich ein, der bisher als politischer Redakteur im Lübecker „Volksboten“ thätig war.

Der Trades-Union-Kongreß.

London, 10. September.

Die sechstägigen Verhandlungen des 87. Jahreskongresses der britischen Gewerkschaften in Leeds und die in Verbindung mit dem Kongresse abgehaltenen Konferenzen und Volksversammlungen zeigen einen Fortschritt im politischen Denken und in der moralischen Stärke der Vertreter der britischen Arbeiterorganisationen. Der Gedanke der politischen Selbständigkeit hat aufrüttelnd gewirkt; die Arbeiterführer wurden vor neue Aufgaben gestellt und der Versuch, sie zu lösen, hat die Kritik innerhalb der Arbeiterbewegung angepörrt. Das Parlamentarische Komitee, das jedes Jahr vom Kongresse gewählt wird, um die Beschlüsse des Kongresses auszuführen, hatte diesmal mehr Angriffe abzuwehren, als in früheren Jahren. Die Arbeiter werden unzufrieden und deshalb kritisch. Allein diese Unzufriedenheit ist nicht revolutionär, obwohl der Kongreß die sozialistische Resolution angenommen hat. Die Kongreßdelegierten fühlen sich als gleichberechtigte Bürger eines demokratischen Gemeinwesens, über dessen Politik und Gesetzgebung die Arbeiter selbst entscheiden könnten, wenn sie nur wollten. Und auf dem Kongresse hat dies ihnen kein geringerer als Sir John Gorst, der frühere konservative Unterrichtsminister, mit aller Würdigung und Deutlichkeit auseinandergesetzt. Am 4. September, am Vorabend der Eröffnung des Kongresses, hielten die Gasarbeiter eine öffentliche Volksversammlung in Leeds ab, in der auch Gorst sprach: „... Ich habe einen großen Teil meines Lebens im Parlamente zugebracht, und ich sage Ihnen, das Unterhaus ist eine Versammlung reicher Leute, die kein wirkliches Interesse für eine Reform unseres sozialen Lebens haben. Ich habe immer gefunden, daß die Socialreformer in der Opposition sind, aber sobald sie zur Regierung gelangen, wird ihr socialpolitischer Eifer abgeklüfft. Das Parlament, wie es jetzt ist, beschäftigt sich mit Amendierungen von Gesetzen und mit der Amendierung von Amendierungen. Wir brauchen eine selbständige Arbeiterpartei, so stramm organisiert und so eifrig wie die irische Partei. Die irischen Führer binden sich an keine der beiden großen Parteien, sie suchen nicht nach Kamebern, sie wollen nicht Minister werden. Deshalb haben sie in den letzten 30 Jahren so außerordentliche Erfolge erzielt. So müssen auch die Arbeiter handeln. Erst dann wird die Regierung auf die Beschlüsse Ihrer Kongresse achten.“ Und Gorst steht keinesfalls einzig da. Die konservative „Morning Post“ erklärte, eine politische Arbeiterbewegung sei nötig; die Liberalen „Daily News“ meinten, sie würden eine selbständige Arbeiterpartei aufrichtig begrüßen, auch wenn der Liberalismus darunter leiden sollte.

Der Jahresbericht des Parlamentarischen Komitees giebt eine Uebersicht über die politischen und gewerkschaftlichen Ereignisse der letzten zwölf Monate. Einen großen Platz nimmt die sozialpolitische Agitation Chamberlains ein, ebenso die Gegenagitation der Gewerkschaftsführer. Es ist kein Zweifel, daß diese Gegenagitation sehr viel zur vorläufigen Niederlage der Schugolspolizei beigetragen hat. Der nächstwichtige Gegenstand, mit dem der Jahresbericht sich beschäftigt, ist die Trades Unions and Trades Disputes Bill (Gewerkschaftsvorlage), die im April zur zweiten Lesung kam und mit neununddreißig Stimmen angenommen wurde. Da aber die Regierung gegen die weitere Durchberatung der Bill Obstruktion machte, so wird eine Wiedereinbringung der Vorlage nötig sein. Der Jahresbericht schließt mit einem Aufruf an die Arbeiter, sich ihrer Macht bewußt zu werden, denn obwohl die Tage der Verfolgung für die Gewerkschaften vorbei seien, so sei doch noch viel gegen juristische Spitzindigkeiten und parlamentarische Obstruktion zu kämpfen. „Vergessen Sie deshalb nicht, daß unsere gewerkschaftliche Lage unzufriedenstellend ist, und sehen Sie darauf, daß nur Männer ins Parlament gelangen, die unsere Lage verstehen, mit uns sympathisieren und für uns zu arbeiten gewillt sind.“

Die Eröffnungsrede des Präsidenten Mr. Richard Well war im Rahmen des Jahresberichts gehalten, nur schloß sie mit einem Hinweis auf das Arbeiterministerium Australiens, das zwar nur kurze Zeit regierte, aber nichtdeftomieniger die Glückwünsche des britischen Trades-Union-Kongresses verdiente. Wären nach der Niederlage Watsons Neuwahlen ausgesprochen worden, so hätten die Arbeiter gewiß die Mehrheit erlangt. Aber schon die Thatsache, daß sich die Liberalen und Konservativen koalieren, zeige die Macht der australischen Arbeiter. „Möchte dieses Beispiel die britischen Arbeiter zu ähnlichen Thaten anspornen. Wenn die britischen Arbeiter organisiert und einig wären, dann könnte keine Koalition etwas gegen sie ausrichten.“

Von den angenommenen und abgelehnten Anträgen und den darüber stattgefundenen Diskussionen dürften die folgenden beachtenswert sein:

Arbeitsminister: Der Kongreß beschloß, darauf zu dringen, daß ein Kabinetminister ernannt wird, der die Fabrikgesetzgebung verwalten, Nachrichten über internationale Arbeitergesetze sammeln, den Fortschritt der Maschinentechnik beobachten und Vorschläge gegen die Monopolisierung von Rohmaterialien machen soll. Dieser Beschluß will thätiglich die Ernennung eines Kabinetministers für Socialreform und socialökonomische Studien.

Obligatorische Schiedsgerichte: Der Antrag von neuzealandischem Muster, um Streiks und Ausperrungen unmöglich zu machen, wurde mit 880 000 gegen 383 000 Stimmen abgelehnt. Die Diskussion über diesen Antrag war lebhaft, die große Mehrheit der Redner war der Ansicht, daß die Arbeiter auf den Streik nicht verzichten könnten. Erwähnenswert ist die Ansicht des Vergarbeiterdelegierten Whitefield, daß so lange kein Lohnminimum gesetzlich festgelegt sei, der Verzicht auf die Streikwaffe den Arbeitern gefährlich werden könnte.

Kreditnoten: Ohne jede Debatte wurde der Antrag angenommen, daß öffentliche administrative Körperchaften berechtigt sein sollen, eigne Kreditnoten auszugeben, um auf diese Weise der Aufnahme von Anleihen (bei Kapitalisten) und den damit verbundenen Kosten vorzubeugen.

Arbeiterpreffe: Der Kongreß war der Ansicht, daß die britischen Gewerkschaften das Risiko, das die Herausgabe eines täglichen Blattes einschließt, nicht übernehmen könnten. Nur die Heraus-

habe eines Wochenblattes wurde mit 518 000 gegen 518 000 Stimmen beschloffen. Die Schwierigkeiten, mit denen die Arbeiterpresse in England zu kämpfen hat, setzte der alte Vergarbeiterführer Harvay auseinander: „Die Arbeiter lesen sehr wenig, außer Nachrichten über Sport, Wetten, und kümmern sich gar nicht um die Erscheinungen des industriellen Lebens. Solange das Wetten und Spielen dauere, wird eine Arbeiterzeitung nicht bestehen können. Denn ein Arbeiterblatt kann diese Nachrichten nicht bringen, und ohne diese Nachrichten werden die Arbeiter das Blatt nicht kaufen.“

**Arbeiterpolitik:** Alle Anträge, die darauf abzielten, die bisherige Politik der neuen Arbeiterpartei (Labour Representation Committee = L. R. C.) zu modifizieren, wurden zurückgezogen, da der Kongress sich nicht für berechtigt hält, in die Kompetenzen des L. R. C. einzugreifen. Diese Erklärung des Kongresses ist sehr wichtig. Sie ist die Mündigkeitserklärung der neuen Arbeiterpartei; es wird ihr nunmehr viel leichter sein, im sozialistischen Sinne zu wirken.

**Verschiedenes:** Angenommen wurden die Anträge über Achtstundentag, Alterspensionen, Ausbau des Arbeiterhauses und der Demokratie, ebenso der Antrag der Staffakture, der die Trades-Unionisten auffordert, ihre Tätigkeit auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu richten.

Nicht ohne Interesse ist noch ein scheinbar nebensächliches Ereignis, das John Burns schädlich werden könnte. Der Arbeiterabgeordnete Chadleton, der auch auf dem Amsterdamer Kongress war, unternahm in Leeds eine indirekte Attacke gegen John Burns, weil dieser es ablehnt, im Parlament harmonisch mit der Arbeiterfraktion zusammenzugehen. Burns verteidigt sich in der Presse, aber die Mitglieder der Arbeiterfraktion bleiben die Antwort nicht schuldig.

Der Kongress war von 473 Delegierten besucht, die 1 422 500 organisierte Arbeiter vertreten.

## Soziales.

### Kündigungsausschluss und Accordarbeit.

Der Schlosser St. hatte Maschinenmontage in Accord übernommen. Während des Accords wurde er entlassen. Durch Klage beim Gewerbegericht verlangte er die Auszahlung der vollen Accordsumme. Die Beklagte Firma H. u. W. machte geltend, die Kündigung sei durch die vom Kläger unterzeichnete Arbeitsordnung ausgeschlossen. St. gab die Unterschrift zu, behauptete aber, er habe die Arbeitsordnung nicht durchgesehen. Nachdem der Gerichtshof festgestellt hatte, dass dem Kläger die geleistete Arbeit mit dem Durchschnittslohn von 47 1/2 Pf. pro Stunde bezahlt worden war, entschied die Kammer V unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Schalhorn zu seinen Ungunsten. Der einfache Kündigungsausschluss durchbroche auch das Accordverhältnis. Die wirklich vom Kläger geleistete Arbeit sei mit dem Durchschnittslohn genügend entschädigt. Die Arbeitsordnung sei hier maßgebend. Das Klager sei vor Leistung der Unterschrift nicht durchlas, ändere nichts an ihrer Anerkennung durch die Unterschrift.

Die Buchbinder A. und M., die unstreitig von der Firma Vertinetti unter Kündigungsausschluss engagiert worden waren, hatten einen größeren Posten Buchdeckel gegen einen Accordpreis pro Tausend zu machen. Sie wurden vor der Beendigung der Gesamtarbeit entlassen und beanpruchten nun durch Klage bei der Kammer VIII des Gewerbegerichts den Gesamtpreis und nicht bloß, was die Berechnung für die geleistete Arbeit ergab. Auch diese Kläger glaubten, der Kündigungsausschluss könne einen Accord nicht durchbrechen. Nachdem der Beklagte freiwillig 250 M. nachgezahlt hatte, die noch an der Zahlung für die von den Klägern hergestellte Anzahl Deckel fehlten, wurden die Kläger zur Zurücknahme ihrer Klagen veranlaßt. Die Kammer VIII unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Meyer stellte sich ebenfalls auf den Standpunkt, daß die Frage des Wochenlohns oder Accordlohns mit der Frage des Kündigungsausschlusses gar nichts zu tun habe. Der Kündigungsausschluss berechtige auch bei Accordarbeit zur täglichen Entlassung, wenn nicht ausdrücklich bei Kündigungsausschluss für Accordarbeit die Nebenbedingung gestellt sei, daß die Entlassung oder die Niederlegung der Arbeit nur nach Beendigung jeden Accords erfolgen dürfe.

Die sich in erschreckendem Maße häufenden Unfälle in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Oberfrankens haben die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in Oberfranken als erste in Bayern dazu veranlaßt, einen Aufsichtsbereitschaften anzuflehen, der die Aufgabe hat, die Betriebe zu überwachen und für strenge Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen. Gegen die leichtfertigen Betriebsinhaber geht die Genossenschaft energisch vor. Sie hat Bestimmungen erlassen, wonach die Unternehmer bei Außerachtlassung der Unfallverhütungsvorschriften mit empfindlichen Geldstrafen belegt und bei Unfällen, die durch Nichtbeachtung der Vorschriften hervorgerufen sind, zur Ersatzleistung herangezogen werden können. Es sind bereits Ersatzansprüche bis zu 2000 M. festgesetzt worden. Der Aufsichtsbeamte ist seit 1. März in Funktion und hat bereits 1251 Revisionen in Hauptbetrieben und 206 in Nebenbetrieben vorgenommen. Der Erfolg seiner Tätigkeit äußert sich schon nach diesem halben Jahre durch eine merkliche Verminderung der Unfälle.

Das Orlisstatut über das Kaufmannsgericht der Stadt Leipzig ist von der zuständigen Staatsabteilung im Entwurf fertiggestellt worden. Nach dem Entwurf wird sich der Bezirk des Kaufmannsgerichts auf die Stadt Leipzig erstrecken. Es sollen je 30 Unternehmer- und Gehilfenvertreter mit fünfjähriger Amtsdauer gewählt werden. In dem Entwurf ist die Verhältniswahl nach dem System der freien Liste geplant. Es soll Stimmenscheidung zulässig sein, d. h. es wird dem Abstimmenden freigestellt, statt 30 Wählern seine Stimme zu geben, nur für 1 Wähler zu stimmen, diesem einen aber 30 Stimmen zukommen zu lassen. Der Abstimmende könnte auch 30 Wählern je 10 Stimmen geben usw. Auch sollen sogenannte verbundene (nicht zu verwechseln mit den gebundenen) Listen statthaft sein.

Die Wahl soll wie die Gewerbegerichts-Wahlen in folgender Weise vor sich gehen: Ort und Zeit der Wahl sind mindestens zweimal in den Amtsblättern bekannt zu machen und zwar dergestalt, daß zwischen der ersten Bekanntmachung und dem ersten Wahltag eine Frist von mindestens vier Wochen liegt. Zur Beteiligung an der Wahl wird nur zugelassen, wer im Besitz eines auf seinen Namen lautenden Wahlberechtigungsausweises ist. Der Rat giebt vor der Wahl Karten aus, die der Abstimmende mit seinen Personalien vorschriftsmäßig anzufüllen und der Wahlgeschäftsstelle einzuliefern hat. Die Wahlgeschäftsstelle prüft die Karte und sendet sie dem Betreffenden als Wahlberechtigungsausweis zurück. Mit diesem Wahlberechtigungsausweis hat der Wähler zur Urne zu schreiben und ihn gleichzeitig mit der Stimmliste abzugeben. Die Ausweise werden gesondert aufbewahrt. Der Möglichkeit, daß ein Wähler zweimal zur Wahl geht, ist vorgebeugt. Die ersten Wahlen sollen möglichst Ende November d. J. vorgenommen werden; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie sich bis Mitte Dezember hinziehen.

## Aus der Frauenbewegung.

**Friedenan.** Dienstag, den 6. September, hielt der Bildungsbereich für Frauen und Mädchen von Stegely und Umgegend bei Grube, Kaiser-Allee, eine Wanderversammlung ab, in welcher Frau Fräulein Altmann einen interessanten und lehrreichen Vortrag hielt über „Die Kunst, Kinder zu erziehen“. Derselbe fand großen Beifall. — Die nächste Vereinterversammlung findet Donnerstag, den 22. September, bei Wagnersdorf, Schloßstr. 117, statt.

## Der fünfte internationale Dermatologen-Kongress

wurde Montagvormittag im Langenbeck-Hause eröffnet. Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden waren natürlich anwesend, wogegen auch in keiner Weise etwas einzuwenden ist; nur fällt das gesellige Fernbleiben derselben Behörden von Arbeiterkongressen, zumal es gewöhnlich mit der Lage der Dienstgeschäfte begründet wird, um so mehr auf.

Eigentümlich fühlt man sich bei solchen Gelegenheiten auch durch die modernen Worte berührt, welche die Vertreter der Behörden finden, und die in scharfem Gegensatz zu der reaktionären Haltung derselben Behörden den Erfordernissen des modernen Lebens gegenüberstehen.

Unterstaatssekretär Goppf, der Vertreter des Staatssekretärs Grafen v. Posadowski, wies auf die sociale Fürsorge, auf die Vorsehung der schlechten Wohnungsverhältnisse hin, die neben der ärztlichen Wissenschaft zur Bekämpfung der Seuchen notwendig ist. Auch betonte er, daß im Kampfe gegen die ansteckenden Geschlechtskrankheiten die Beseitigung aller Vorurteile erstrebend werden müsse, durch welche die Kranken bedrohen würden, ihren Zustand zu verheimlichen. Es sind das beinahe triviale Selbstverständlichkeiten; aber in unsrer Zeit des immer stärker werdenden Materialismus im Rinde eines hohen Staatsbeamten jedenfalls beachtenswert.

Der Vertreter des Kultusministers, Dr. Kirchner, welcher die Dermatologen zu ihren Erfolgen in der Bekämpfung der Lepra (Auslag), des Lupus (fressende Flechte) und der Geschlechtskrankheiten beglückwünschte, betonte speziell im Hinblick auf die Behandlung des Lupus mit Belästigung, sog. Finen-Behandlung (nach Professor Finen in Kopenhagen), daß die Staatsbehörde bereitwillig Mittel zur Verfügung stellen werde, damit möglichst bald in jeder großen Stadt ein Institut zur Behandlung von Lupus errichtet werde. Das wäre freilich sehr wünschenswert; denn die Finen-Behandlung ist, wie auch in einem Vortrage des englischen Arztes Malcolm Morris hervorgehoben wurde, eine derartig kostspielige, daß schon dadurch ihre allgemeine Anwendung vorläufig noch gar nicht in Frage kommt. Dr. Kirchner ist also mit seinem Verlangen nach öffentlichen Instituten auf durchaus richtigem Wege; wenn wir aber an das Verhalten des Kultusministeriums z. B. im Falle des Professors Kromayer bezüglich der Klinik für Hautkrankheiten in Halle denken, so fehlt uns durchaus der Glaube an eine nahe Verwirklichung dieser vom Vertreter des Kultusministeriums für bringend notwendig erklärten Institute.

An die Eröffnungssitzung schloß sich die erste wissenschaftliche Sitzung, aus der wir einen Vortrag des Professor Reisser-Breslau erwähnen: „Neber Versuche, Syphilis auf Affen zu übertragen.“ Jahrhundertelang hat es für ganz unmöglich gegolten, einen Affen syphilitisch zu machen. Erst vor sehr kurzer Zeit ist es dem Professor Metchnikoff in Paris gelungen, bei der hochstehenden anthropoiden Affenart Chimpanse Syphilis zu erzeugen. Es gelang ihm dann auch, niedriger stehende Affenarten zu infizieren und den berühmten Versuch Jenner's, auf dem die Schutzimpfung gegen die schwarzen Pocken beruht, mit der Syphilis zu wiederholen: Ein Affe von der Art Makalus wurde syphilitisch infiziert, und die Krankheit dann von ihm auf einen Schimpanse übertragen, der nunmehr eine leichte Syphilis durchmachte und überstand; dann aber erwies er sich als immun (ansteckungslos) gegen Syphilis, als versucht wurde, menschliche Syphilis auf ihn zu übertragen. Die leichte Syphilis von Makalus schützte ihn also vor der schwarzen menschlichen, wie uns die Ausposten vor den schwarzen Pocken schätzen. Ein einzelner Fall ist freilich noch nicht beweisend und berechtigt noch nicht zu weittragenden Schlüssen; aber Metchnikoff, der anwesend war und in der Diskussion das Wort ergriß, berichtete von zahlreichen gleichartigen Fällen, während elf Schimpansen, die unmittelbar mit menschlicher Syphilis angesteckt wurden, ohne den Umweg über Makalus, von der schrecklichen Krankheit in schlimmster Form befallen wurden.

Ein anderer Weg der Bekämpfung der Syphilis, den Professor Reisser ebenfalls anführte, ist der durch die Injektion von Syphilis-Serum. Das Serum soll das Blut widerstandsfähig gegen das Syphilisgift machen, ohne doch seinerseits schädlich zu wirken. Reisser berichtete, daß er einem Tiere einen halben Liter Syphilis-Serum zugeführt habe, ohne daß irgend eine Erkrankung erfolgte; daselbe Tier wurde aber dann bei der Injektion (Injektion) mit Syphilis von dieser in ganz typischer Weise befallen. Der Vortragende schloß hieraus, daß das gegenwärtig zur Verfügung stehende Serum von Syphilisserum noch keineswegs immunisierend (schützend) wirke; ein schützendes Serum muß also erst noch gefunden werden. Weiter aber lobt der Vortragende mit Nachdruck als zwingenden Schluß aus diesem und anderen Versuchen hervor: Die Serum-Injektion ist absolut unschädlich.

Man wird die nachdrückliche Betonung dieser Behauptung begreifen, wenn man sich erinnert, daß Prof. Reisser derjenige Arzt ist, der vor noch nicht langer Zeit Syphilis-Serum auch auf Kinder übertragen und deshalb sehr berechtigter Angriffe erfahren hat. Mag er noch so sehr von der Unschädlichkeit überzeugt gewesen sein, die übrigens keineswegs so sicher gestellt ist, als der Vortragende behauptete — auf keinen Fall war diese Injektion für die betroffenen Kinder nützlich; denn in seinem heutigen Vortrage betonte Reisser selbst: Eine Schutzwirkung läßt dieses Serum nicht aus.

Weiter bemerkte der Vortragende noch, daß auch andre anthropoide Affen als der Schimpanse, nämlich der Orang und der Gibbon, für Syphilis empfänglich seien; für die weiteren Versuche ist das beachtenswert, weil der Schimpanse in unserm Klima meist rasch zu Grunde geht.

## Verfammlungen.

### Gaukonferenz der Drechsler.

Die im Gau IV des Holzarbeiter-Verbandes organisierten Drechsler hatten, der Einladung des Gauvorstandes folgend, zu der am Sonntag im Gewerkschaftshause abgehaltenen Konferenz 37 Delegierte entsandt. Außer Berlin waren folgende Orte vertreten: Vornum, Biesenthal, Kottbus, Driefen, Finsterwalde, Frankfurt a. O., Guben, Landsberg, Witten, Köbbena, Ludenwalde, Perleberg, Rirsdorf, Schöneberg, Schönlanke, Spandau, Straußberg, Trebbin, Weihenker, Jeddend.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Lage der Drechsler im Gau IV hielt Dahlfeld das einleitende Referat. Er führte unter anderem aus: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Drechsler seien erheblich ungünstiger als die der Tischler. Der durchschnittliche Wochenlohn betrug im Jahre 1893 für Drechsler 16,77 M., für Tischler 18,98 M., im Jahre 1897 für Drechsler 18,80 M., für Tischler 20,30 M., im Jahre 1902 für Drechsler 19,31 M., für Tischler 22,50 M. — Im Gau IV seien über 1300 Drechsler, 180 ungelernete Arbeiter und 207 Lehrlinge beschäftigt. Mehr als die Hälfte dieser Arbeitskräfte entsallen auf Berlin, ein Viertel auf 6 Zahlstellen der Provinz und das letzte Viertel verteilte sich auf 45 Zahlstellen. Mehr als drei Viertel aller Drechsler arbeiten in Accord. Nur wenige sind noch beim Meister in Kost und Logis. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 52 und 66 Stunden in der Woche. Hier zeigt sich wieder die bekannte Thatsache, daß der Lohn um so niedriger, je länger die Arbeitszeit ist. Es werden durchschnittlich verdient bei einer Arbeitszeit von 52—54 Stunden 24,97 M., bei 54—60 Stunden 18,92 M., bei 62—66 Stunden 15,54 M. Die Accordlöhne differieren oft für ein und dieselbe Arbeit ganz erheblich. So werden beispielsweise für einen bestimmten Artikel in drei Berliner Werkstätten 2,50, 2,03, 1,70, in Driefen aber 1,20 M. Arbeitslohn gezahlt. Im allgemeinen arbeitet Driefen für die Hälfte bis ein Drittel des Lohnes, der in Berlin gezahlt wird. Die Folge davon ist, daß von außerhalb sehr viel Arbeit nach Berlin geliefert und die Löhne dadurch gedrückt werden. Um diesem Lohnbrud zu begegnen, trat der Redner für eine möglichst einheitliche Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein. Er schlug namens des Gauvorstandes zur Seite stehen und mit den Zahlstellen Verbindungen aufrechterhalten soll. Die Kommission soll sich über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse informieren und einen

Tarif ausarbeiten. — Weiter soll für die Verkürzung der langen Arbeitszeit, Beseitigung der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, des Haltens kleiner Materialien durch die Arbeiter und Abschaffung des in manchen Betrieben erhobenen Dampfgeldes gewirkt werden.

Dem Referat folgte eine eingehende Aussprache über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Orten. Die Ausführungen der Delegierten boten alle daselbe Bild: Die Accordlöhne sind durchweg so niedrig, daß nur bei äußerster Anstrengung ein oft nicht einmal auskömmlicher Lohn erzielt werden kann und bei alledem geht das Bestreben der Betriebsinhaber dahin, die niedrigen Löhne noch immer weiter herabzudrücken. Aus einigen Orten wurde berichtet, daß daselbst eine ausgedehnte Lehrlingszucht und Lehrlingsausbeutung herrscht, wodurch natürlich die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesellen wiederum verschlechtert werden.

Eine sprechende Illustration zu diesen Ausführungen bot eine kleine Ausstellung von Drechslerarbeiten, die im Nebenzimmer des Konferenzsaales eingerichtet war. Es handelte sich in der Hauptsache um Arbeiten, die in der Metallindustrie Verwendung finden, sowie um Galanterie-Artikel und dergleichen. Die an jedem Stück verzeichneten Arbeitslöhne erregten wegen ihrer auffallenden Niedrigkeit nicht nur bei den Kennern berechtigtes Aufsehen, sondern auch der Laie konnte ohne weiteres beurteilen, daß für die ausgestellten Artikel Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes gezahlt werden.

Nach Schluß der Diskussion nahm die Konferenz eine Resolution an, welche besagt, daß für die Beseitigung von Mißständen, wie Zahlung eines Dampfgeldes, Lieferung von Werkzeugen und Materialien durch die Kollegen sowie Leistung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit, bei jeder Gelegenheit Sorge zu tragen ist. Es wird eine Kommission eingesetzt, welche alles auf die Lage der Drechsler bezügliche Material zu sammeln und zu bearbeiten sowie in Gemeinschaft mit dem Gauvorstand den Zahlstellen mit Rat und That zur Seite zu stehen hat.

In die Kommission wurden Schneider, Dahlfeld und Graf gewählt.

Hierauf sprach der Gauvorsteher Stufche über die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks. Eine für alle Fälle maßgebende Taktik lasse sich nicht festlegen, sie sei vielmehr nach der Lage jedes Einzelfalles zu bestimmen und müsse das Ergebnis ruhiger, sachlicher Erwägungen sein. — In der Diskussion wurde allgemein der Wunsch nach einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausgesprochen und verschiedene Vorschläge nach dieser Richtung gemacht. — Leipzig, der als Vertreter des Verbandsvorstandes anwesend war, sagte unter anderem, daß Hauptvorstand würde nicht betrübt sein, wenn er schon im nächsten Frühjahr eine Reihe von Drechslerstreiks zu bewilligen hätte. Es sei jedoch dahin zu wirken, daß die Organisation so stark werde, daß die Kollegen ohne Streik etwas erreichen können. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Herr Adolf Brand ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen zu dem Verammlungsbericht unserer Sonntagsnummer: Nicht ich habe die Partei angereizt, sondern der angelegliche Genosse Gopmann behauptete mit einer sehr sonderbaren Kühnheit, mein Auftreten in Sachen des § 175 entspreche nicht den Grundsätzen der Partei. Ferner rief er die helle Entrüstung der Verammlung durch die Behauptung hervor, es ginge niemand etwas an, ob ein Reichstags-Abgeordneter heuchele. Das Wort wurde ihm, als er es nach Schluß der Rednerliste noch haben wollte, nicht abgenommen, sondern von der Verammlung fast einstimmig durch Beschluß vertewigert, weil er in seiner Rede nichts anderes thun wollte, als eine Erklärung über das Wesen der Socialdemokratie abzugeben. Dazu befreit ihm aber der Vorgesetzte die Befugnis und die Verammlung schloß sich, wie gesagt, dem an. (Wir nennen das allerdings „mit Zustimmung der Verammlung das Wort abnehmen“. Red.)

**Socialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Jälichau-Schwiebus-Krosen-Sommerfeld.** Heute, Dienstag, Verammlung bei Gressler, Dinsdenstr. 30, vorn 1 Treppe (näher an der Stadtbahn). Das Erscheinen aller Genossen aus dem Kreise ist Pflicht.

**Marktpreise von Berlin am 10. September.** Nach Ermittlungen des h. l. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen\*) 17,50—17,58 M., mittel 17,56—17,54 M., geringe 17,52—17,50 M. Roggen\*\*) 13,00—13,00 M., mittel 13,00—13,00 M., geringe 13,00—13,00 M. Futtergerste), gute Sorte 15,20—14,40 M., mittel 14,30 bis 13,60 M., geringe 13,50—12,80 M. Hafer), gute Sorte 10,50—10,70 M., mittel 10,50—10,80 M., geringe 10,70—10,80 M. Erbsen, gelbe, vom Hohen 40,00—28,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—25,00 M. Linen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, 12,00—7,00 M. Rübölroh 4,66—4,16 M. Neu 9,40—6,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,50—2,00 M. Eier per Schod 4,00—2,80 M. \*) Frei Bogen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

### Witterungsübersicht vom 12. September 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Swinemünde	763	WRSW	4mollig	12	Saparanda	754	R	2mollig	10
Damburg	766	WSW	2mollig	12	Petersburg	757	SW	1mollig	10
Berlin	765	WRSW	4,5 eiter	13	Cort	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	767	R	2,5 mollig	10	Übersee	768	W	3,5 bedekt	10
München	768	W	2,5 eiter	12	Paris	763	D	2,5 mollig	14
Wien	766	W	1,5 eiter	15					

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 13. September 1904.** Trocken und vielfach heiter, aber ziemlich kühl bei frischen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

## Briefkasten der Redaktion.

**S. S. Ja. — N. S.** (100.) Möglich ist es, aber äußerst schwierig. Sprechen Sie zunächst mit dem Rektor Ihres Sohnes; später vielleicht mit dem hiesigen Seminar-Direktor. — **C. 17.** Geschäftlich geräuschlos. Und Ihre A. -Dichtung? — **100. G. D.** 1. Sehr wahr! 2. 1 Kilometer = 0,9974 Meil. 7/8 Kilometer = 1 deutsche, beziehungsweise 1 geographische Meile. Alles weitere berechnen Sie sich danach selbst. — **Juristischer Teil.**

**Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.**

**Vatelt 2.** 1. Nein. 2. Ohne Kenntnis des Vertrages nicht zu demantieren. Sehen Sie sich direkt mit der Gesellschaft (Vereinsrat) in Verbindung. — **Bildhauer Schönlanke.** Aus §§ 615, 616 B. O. B. ist eine Ersatzpflicht herzuleiten, falls den Unternehmer eine Fahrlässigkeit bei der Ausübung trifft. Somit wäre eine Klage ausgeschlossen. — **2. R. 777.** Eine Klage hätte nur dann vielleicht Aussicht auf Erfolg, wenn Sie nicht eins der hierorts gebrauchlichen Rechtsformulare benutzt haben. — **3. R. 94.** Dies Vergeben kann als Urkundenfälschung betrachtet werden. — **4. R. 100.** 1. Soweit richtiglich nein. 2. Ja. — **5. R. 27.** 1. Ja. 2. Nein, aber Zwangsvollstreckung durch einen Gerichtsvollzieher vornehmen lassen. 3. Nein. — **Arbeiterin.** Unterbreiten Sie den Fall Ihrer Gemehschaft und dem Gewerbe-Inspektor und klagen Sie auf Zahlung des unter dem Namen Strafgebühren vorenthalten Lohnes. — **6. R. 1.** Leider nicht. — **7. R. 27.** 1. und 2. Sie können nur auf Zahlung (eventuell mit öffentlicher Zustellung) klagen und dann die Sachen klären und verteidigen lassen. 3. Nein. — **8. R. 24.** Ein Verwaltungsverfahren könnten Sie einschlagen; sehr viel Aussicht auf Erfolg hat es aber nicht, falls die inhaltlichen Angaben in dem Landratsbescheid zutreffen. — **9. R. 1.** Nein. — **10. R. 52.** Nein; Sie können die Sachlage dem Vorlande der Anwaltskammer unterbreiten. — **11. R. 63.** 1. Ruper. 2. Die Ehefrau möchte, falls geschändet wird, Interventionsklage erheben und unter Glaubhaftmachung ihres Eigentumsrechts Einstellungsantrag erwidern. 3. Ja. **C. 71.** Zunächst wenden Sie sich nach freistattem Ablauf des Säulintermins vor dem Amtsgericht an den Armenkommissions-Vorsitzer oder an den Magistrat mit dem Antrage, Ihnen zu beschreiben, daß Sie die zur Durchführung des Prozesses erforderlichen Kosten nicht zahlen können. Das Urteil überreichen Sie dem Landgericht. Zivilkammer, legen dar, weshalb Sie klagen wollen und welche Beweismittel Sie führen können und beantragen Bewilligung des Armenrechts. — **100. R. 100.** Nein. — **Baumstrafe.** 1. So weit ohne Kenntnis des Wortlautes





Ein Befreiungsschrei.

Dass die Socialdemokratie die Vorläuferin aller Beknechteten und Unterdrückten ist, hat jetzt auch ein Fürstkind erkannt. Prinzessin Luise von Koburg, die vernachlässigte Tochter ihres Königs Leopold, die mißhandelte Frau des Prinzen Philipp von Sachsen-Koburg, es schmerzt mich, diese Titel aufzuführen, aber es ist notwendig. Ich will die ganze Welt die Wahrheit wissen lassen. Darum schreibe ich an den „Vorwärts“.

Bad Ems, 1. September.

Geehrter Herr Redakteur des „Vorwärts“!

Sie werden zweifellos überrascht sein, diesen Brief zu erhalten. Ich bin Luise von Koburg, die vernachlässigte Tochter ihres Königs Leopold, die mißhandelte Frau des Prinzen Philipp von Sachsen-Koburg. Es schmerzt mich, diese Titel aufzuführen, aber es ist notwendig. Ich will die ganze Welt die Wahrheit wissen lassen. Darum schreibe ich an den „Vorwärts“.

Als ich das heiratsfähige Alter erreichte, wurde der „Gothaische Kalender“, aber nicht die zukünftige Braut befragt. Einige Hofdamen, die mein Vater mit seiner gnädigen Günstlinge, wählten den Prinzen Philipp von Koburg. Meiner Mutter mißfiel diese Wahl sehr, aber ihre Ansicht hatte aufgehört, im Familienrat zu gelten. Einmal sagte eine Hofdame zu mir: „Sie sollen den Prinzen Philipp heiraten, Ihr Vater wünscht es.“ Ich war sehr traurig, denn ich fühlte große Zuneigung zu einem jungen Gärtnereigenen Charakter und Betragen, der mir öfters Blumen überreichte, wenn ich die Gewächshäuser meines Vaters besuchte.

Mein Vater und mein Mann wollten mich dadurch, daß sie mich als wahnsinnig behandelten, dafür bestrafen, daß ich in meiner Liebe für Mattiasch verblüdet hatte, einige Jahre des Glückes zu finden. Ich wurde festgenommen, eingekerkert, unter Aufsicht gehalten, entmündigt und gequält. Ich konnte nicht einen einzigen Brief empfangen, ohne daß er durch die Hände von Spionen gegangen wäre.

Man könnte darüber lächeln, daß eine Fürstin ihr gegültes Herz in einem socialdemokratischen Blatt ausschüttet, wo sie weiß, daß die Socialdemokratie auch in Belgien ihre republikanische Ueberzeugung nicht verhehlt hat. Aber das Geschick der Prinzessin Luise war zu tragisch, als daß ihr Schmerzensschrei nicht überall unter gestützten Menschen dieses Mißgeföhls erregen mußte.

Lokales.

Vom Bibliothekswesen der Stadt Berlin.

Die städtischen Volksbibliotheken haben auch im Etatsjahr 1903/04 wieder eine Zunahme der Benutzung gehabt. Es wurden

diesmal 1 285 942 Bände ausgeliehen, 88 000 mehr als im vorhergehenden Jahre. Die meisten Entlehnungen hatte wieder die 20. Bibliothek (Nebenstraße), obwohl sie zwei Monate wegen Umbau geschlossen war. In zehn Monaten wurden hier 144 862 Bände entliehen. An zweiter Stelle folgte, wie im vorhergehenden Jahre, die 1. Bibliothek (Mohrenstraße) mit 132 912 entliehenen Bänden.

Der vom Bibliotheks-Kuratorium erstattete Verwaltungsbericht für 1903/04, den der Magistrat jetzt veröffentlicht, stellt neben die Zahlen des Berichtsjahres wieder diejenigen des um ein Jahrzehnt zurückliegenden Jahres, um zu zeigen, welche Fortschritte inzwischen gemacht worden sind. Diese Zusammenstellung stimmt uns immer sehr nachdenklich, weil sie uns immer wieder vor Augen rückt, was in früheren Jahren vom Bibliotheks-Kuratorium versäumt worden ist.

Auch die städtischen Lesehallen, von denen jetzt 11 vorhanden sind, haben im letzten Jahre wieder eine Zunahme des Besuches gehabt. Es wurden 125 205 Besucher gezählt, 4229 mehr als im vorletzten Jahre. Die Zunahme wäre wahrscheinlich bedeutender gewesen, wenn nicht die zweite Lesehalle wegen Umbaus ein paar Monate geschlossen worden wäre.

Des Ehrenamts verlustig. Mit dem seltenen Falle, daß einem städtischen Ehrenbeamten das von ihm innegehabte Amt vor Ablauf der Wahlzeit entzogen wird, hatte sich die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer letzten geheimen Sitzung zu beschäftigen.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk bringt die illustrierte Wochenschrift „In freien Stunden“, von der Heft 37 heute ausgegeben wird. Das Heft bringt die Fortsetzung von E. Spindlers Roman „Der Jesuit“ und der Erzählung „Ein Rekrut“ von Erdmann-Chatrain.

Wider die Pfaffenherrschafft. Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Von Emil Rosenow. Das 22. Heft dieses überaus reichhaltig illustrierten Werkes ist soeben erschienen. Es enthält die Fortsetzung des 12. Kapitels: „Der König, der Papst und der Kaiser“, in dem der Verfasser jene für Deutschland so ereignisreiche Zeit darstellt, in der Luther seinen Kampf mit dem Papsttum begann.

Verkehrshörungen fanden gestern früh in der Gertraudenstraße, am Spittelmarkt und in der Leipzigerstraße mehrfach statt. Lange Reihen von Straßenbahnwagen, Geschäftswagen und Omnibussen standen an den Straßenkreuzungspunkten, und nur langsam lösten sich die Wagenburgen wieder auf. Die Störungen waren durch die Pfaffenarbeiten auf der Gertrauden-Brücke, durch Reparaturarbeiten an den Geleisen und durch Festfahren eines Omnibusses entstanden.

Durch gerichtliche Entscheidung aufgehoben wurde ein polizeiliches Strafmandat, das der in der Johannisstraße wohnende Kellner W. wegen Vogelgefangens erhalten hatte. W. hatte vor einem der Fenster seiner Wohnung ein Bauer aufgehängt mit einer Grasmücke. Der Geßang des Vogelchens belästigte jedoch die im gegenüber liegenden Hause wohnende Gattin eines Versicherungsdirektors S. H. Die Dame richtete eine Beschwerde an die Polizei und der Kellner erhielt infolgedessen ein Strafmandat in Höhe von 1 M., gegen welches richterliche Entscheidung beantragte.

als Belastungszeuge vernommene Direktor S. H. gab an, daß seine Frau durch den Geßang der Grasmücke derartig nervös geworden sei, daß sie sechs Wochen in einer Heilanstalt hätte weilen müssen, von dort aber, ohne Besserung zu finden, zurückgekehrt sei. Der Amtsanwalt beantragte gegen W. 1 M. Strafe oder einen Tag Haft. Er wies darauf hin, daß die Grasmücke, wenn ihr Geßang auch nicht übermäßig laut sei, sich doch außerhalb des Fensterkreuzes befunden habe. Wenn ein Hund im Zimmer belle, ein Papagei oder ein Kanarienvogel innerhalb der Wohnräume einen größeren Lärm verursachen, so könne dagegen von Rechts wegen nicht eingeschritten werden.

Die Staatsanwaltschaft hat gestern bei Herrn Brandt in Charlottenburg 800 Exemplare der Broschüre „Kaplan Dasbach und die Fremdenliebe“ konfisziert, nachdem diese Schrift wochenlang unbeanstandet durch den Buchhandel vertrieben worden ist. Die Beschlagnahme stützt sich angeblich darauf, daß Herr Dasbach in der Broschüre beleidigt sei.

Verstümmelter Gerichtsbeamter. Verstümmelt ist seit Mittwoch voriger Woche der Hilfs-Gerichtsbeamter Julius Wislitzki aus der Blumenstr. 67a. Wislitzki diente neun Jahre im 84. Infanterie-Regiment, kam als Unteroffizier zur hiesigen Schutzmannschaft, der er sechs Jahre angehörte, und war seit einem halben Jahre als Hilfs-Gerichtsbeamter beim Amtsgericht I beschäftigt. Hier hatte er Kosten und Strafgelder einzuziehen, namentlich im Bezirk der Dranienstraße, und alle acht Tage die Eingänge abzuliefern und abzurechnen.

Port Arthur in Flammen. Schneller als den Japanern ist zwei Charlotterburger Anaben die Vernichtung der Forts vor Port Arthur gelungen. Am Sonnabendnachmittag gegen 5 Uhr spielten auf dem Biefengelände hinter der Umzäunung der Flottenschauspiele am Aurfürstendam eine Anzahl Anaben. Zwei etwa zwölfjährige Jungen zündeten Streichhölzer an und warfen sie durch eine Buge im Jaun in einen Behälter, in welchem sich Feuerwerkskörper für die Vorführung der Kampfszene vom Port Arthur befanden.

Ein weiser Rabe. Die Optische Anstalt C. P. Goerz A. G. Friedenau und Winterstein i. Löh. gewährte ihrer gesamten Arbeiterschaft einen Erholungsurlaub für die Zeit vom 5. bis 12. September bei voller Lohnzahlung. Während dieser Zeit ruhte der Betrieb vollständig, trotzdem die Anstalt gerade jetzt außerordentlich stark beschäftigt ist.

Entführung einer Minderjährigen. Wieder einmal hat die Berliner Kriminalpolizei sich mit einer Entführungsgeschichte zu beschäftigen, in die ein verheirateter Mann und ein minderjähriges Mädchen verwickelt sind. Der Sachverhalt stellt sich nach einem uns zugehenden Bericht folgendermaßen dar: Der 37 Jahre alte Buchhalter Richard Keil aus der Berlinerstraße 20 in Niddorf, der seit zwei Jahren in dem Abzählungshaus von Landau in der Dranienstraße 103 Geschäftsführer war, verliebte sich dort in die 19 Jahre alte Buchhalterin Hedwig Wilms, die Tochter eines Zimmermanns aus der Prudenzstraße 24.

Ein Fahrstuhlunfall, bei dem eine Person schwer verletzt wurde, ereignete sich im Victoria-Hotel, Unter den Linden 46. Das Seil des Fahrstuhles war beschädigt und sollte ausgetauscht werden. Der Monteur war nachmittags damit beschäftigt, als durch den Zerfall eines seiner Kollegen der Fahrstuhl in Bewegung gesetzt wurde. Er wurde dadurch zwischen das Rollgerüst und die Kabinendecke geklemmt. Noch bevor die sofort alarmierte Feuerwehr erschien, gelang es aber dem Direktor des Victoria-Cafes, den Unglücklichen aus seiner furchtbaren Lage zu befreien. Er hatte so schwere Quetschungen des Brustkastens erlitten, daß seine Ueberführung in die königliche Klinik notwendig wurde. Doch dürfte der Verletzte mit dem Leben davonkommen.

Vermisst wird seit 8. d. M. die in einer Pension der Schdelstraße wohnhaft gewesene Comptoiristin Sophie L., 1,50 groß, Haare und Augenbrauen blond, Augen grau, Gesicht rund, blaß, Gestalt

mittel, schwarzer Hut, schwarzer Rock, farbige Mäse, blaues Jackett, schwarze Schürstiefel, weißer Wäsche, S. L. Auf die Ermittlung ist seitens der Angehörigen eine Belohnung von 80 M. ausgesetzt. Nachricht an jedes Polizeirevier oder an die Kriminalpolizei erbeten zu 7374. IV. 18. 04.

**Man merkt die Absicht.** Eine Laubenkolonie ist vom Vaterländischen Frauenverein Charlottenburg an der Kaiserin Augusta-Allee errichtet worden. Für Arbeiter natürlich, die dort nach des Tages Last und Mühen ihre Erholung finden sollen. So weit, so gut. Aber es scheint, daß man für die angelegte Wohlthat, die hier gesendet wird, das Opfer des Patriotismus verlangt. Schon mehrfach ist es aufgefallen, daß bei Besuchen und Festlichkeiten, die unter Leitung erzkonservativer Regierungsbeamter erfolgen, das übliche Patrioten-Hoch von diesen Herren ausgebracht wurde. So auch Sonntag wieder bei einem in der Kolonie abgehaltenen Erntefest. Wir können uns mit der Thatlage abfinden, daß es auch Arbeiter von konservativer Gesinnung giebt, obgleich solche Leute in Berlin bekanntlich dünne genug gesät sind. Wenn diese als Kolonisten spontan ihren Monarchen hochleben lassen, so ist gewiß nichts dagegen einzuwenden. Aber ganz anders liegt der Fall, wenn ein Geheimrat in Begleitung diverser Damen und Herren aus seiner Gesellschafts-Sphäre sich zum Volke herabläßt, dort eine Rede hält und an deren Schluß das begehrteste Hoch ausbringt. Wie das auf die große Zahl derer wirkt, die nicht monarchisch gesinnt sind, braucht nicht erst auseinanderzusetzen zu werden. Können die Herrschaften, wenn sie nun einmal Laubenkolonien stiften wollen, dies nicht ohne patriotische Nebenabsichten thun, können sie nicht zum mindesten abwarten, ob die Mehrzahl der Kolonisten sich etwa veranlaßt sieht, aus eigenem Antrieb, ohne daß irgend welcher Anstoß von außen kommt, ihrer etwa vorhandenen patriotischen Begeisterung durch ein solches Hoch Luft zu machen?

**Als Leiche wiedergefunden** wurde die 79 Jahre alte Witwe Smalke Ditschlowky geb. Herbach, die bei ihrer Tochter, der Arbeiterfrau Nees in der Schönleinstr. 30 wohnte und seit acht Tagen vermisst wurde. Die Greisin, die seit neun Jahren an Krämpfen litt, war schon zweimal in einem Jahre drei Tage weg und wurde das ein mal in Charlottenburg und das andere mal im Grunewald wiedergefunden. Jetzt war sie vom Park auf dem Hohenstaufenplatz aus verstimmt. Vorgesetzten landete man sie in Spandau als Leiche aus dem Schiffahrtskanal. Ob sie den Tod im Wasser gesucht hat oder in einem Krampfanfall verunglückt ist, weiß man nicht.

**Feuerbericht.** Die Brandchronik der letzten 24 Stunden ist eine ungewöhnlich reichhaltige, denn sie weist über 20 Alarmierungen auf. In der Nacht zum Montag wurde die Wehr nach dem Tiergarten-Ufer gerufen, weil dort auf einem Spreckahn Feuer ausgebrochen war. Bei Anfuhr des ersten Löschzuges stand schon der ganze Inhalt der Kajüte in Flammen und mußte mit mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Kurz darauf liefen zwei Alarmierungen ein und zwar nach der Niggerstraße 120 und nach der Lohringerstraße 65. In beiden Fällen handelte es sich um Wohnungsbrände, bei denen Möbel, Decken und Kleidungsstücke vernichtet wurden. Ein größerer Schaden war später in der Mühlenstraße 73/77 in Brand geraten. Die zweite Compagnie hatte längere Zeit Wasser zu geben, um die Flammen zu erlöchen. In der Beusselstraße 9 war auf dem Boden ein Feuer entzündet, das allerlei Geräth und alten Hausrath ergriff, während in der Besselfstraße 41 Gardinen eingäschert wurden. Kohlen brannten abends in der Sieglitzerstraße 63 und Zette in der Mantuffelstraße 35. Völlig in Brand gesteckt wurde nachmittags ein Baum am Augustenburger Platz, doch gelang es leider nicht, den Frevler zu ertappen. In der Reichenerstraße 148 war eine Petroleumlampe explodiert und hatte Decken und Wäsche in Brand gesteckt. Der achte Löschzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. Auch in der Gertraudenstraße 22, Wagnersstraße 11, Eßasserstraße 49, Chausseestraße 65 und in der Großen Frankfurterstraße 143 mußten Stubenbrände abgelöscht werden. In allen diesen Fällen wurden im wesentlichen Möbel und Kleidungsstücke beschädigt. Außerdem wurde die Wehr im Laufe des Sonntags noch nach der Prinzenstraße 93, Petersburgerstraße 32, Krausnickstraße 11, Blücherstraße 37a, nach der Kasanien-Allee 88 und nach nach verschiedenen anderen Stellen gerufen, doch konnte hier durchweg die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt werden.

**Die Ausstellung der Laubenkolonisten.**

Es ist ein Jammer mit der diesjährigen Landwirtschaft. Die Folgen der Dürre machen sich jetzt schon erschreckend bemerkbar; die Kartoffeln, die in früheren Jahren für einen Thaler den Centner zu haben waren, kosten heute über fünf Mark; Gemüse ist für schweres Geld kaum zu haben und was die Konserven betrifft, so ist wohl einzig der Spargel nicht teurer geworden. Pilze aber giebt es fast gar nicht; kosten die Pfefferlinge, falls sie überhaupt einmal bei einem Grillwarenahändler zu haben sind, doch jetzt dreimal so viel wie in früheren Jahren. Wenn trotz dieser trüben Aussichten für den Winter die gestern bei Duggenbagen am Moritzplatz abgehaltene Ausstellung des Bundes der Pflanzervereine ansehnliches geleistet hat, so ist dies Resultat dem unermüdbaren Fleiß der Laubenkolonisten zu danken. Allerdings zum Teil auch dem Umstande, daß das Land des hauptsächlichsten Ausstellers des Vereins Ostwacht, in Rummelsburg ziemlich tief gelegen ist. Während es in normalen Jahren unter allzu großer Feuchtigkeit zu leiden hat, kam ihm diesmal die Dürre einigermassen zu statten. Aber daß dieser Zufall erst in zweiter Reihe eine Rolle spielte, zeigten die Produkte anderer nicht so glänzend geleiteter Kolonien. Allerdings muß der Kolonist, der Pflanzergelüste leiten will, namentlich in einem Sommer wie dem jetzt zu Ende gehenden ungemein fleißig sein und vor allem im Wassertragen nicht müde werden. Nur bei liebevollster Behandlung jedes Gewächses ist ein Ziel zu erringen, das den Pflanzern mit Stolz erfüllt.

Man glaube nicht, daß nur eine dilettantische Kunst auf den Lauben zur Geltung komme. Ein Rummelsburger Kolonist hatte wohl an die anderthalb Duzend verschiedener Kartoffelsorten ausgelegt, ein anderer eine Serie von Rosenbüschen, deren einer 108 Pfund wog. Dann kamen vier Tomaten, die zusammen gerade vier Pfund wogen; ferner aus der Kolonie „Neu-Kalifornien“ vorzügliche Kepsel. Fürsige waren ebenfalls vertreten, ja selbst Trauben fehlten nicht. Alles dies erfordert Sachkenntnis neben der Ausdauer. Gleich den Früchten der Erde waren auch Prachtexemplare von dem was kraut und fleisch in satthafter Fülle zu sehen, vor allen Dingen natürlich Hühner und Kaninchen.

Es ist leider in Rücksicht auf den Raum nicht möglich, die lange Liste der Prämiierten hier bekannt zu geben. Wir erwähnen daher nur, daß die silberne Medaille des Vereins zur Beförderung des Gartenbaues Herrn Schneider vom Verein Ostwacht zu teil wurde; die Bundes-Ehrenpreise erhielten die Herren Engel und Hof vom selben Verein, den Ehrenpreis des Vereins deutscher Kaminschneider Herr Schulze-Berlin, den Ehrenpreis des Vereins Fortuna für Flügel die Herren Bobbe, Berg und Thal. Bemerkenswert ist noch, daß von einer Firma in Stargard in Pommern eine transportable Laube von schmücker Gestalt und satthafter Größe ausgestellt war. Kostenpunkt leider 300 Mark. Die Ausstellung war selbstverständlich vor allem am Sonntag zahlreich besucht.

**Die Kunstabende der Freien Volksschule** werden in diesem Jahre, nachdem die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Magistrat und der Rathauskommission zu einem günstigen Abschluß führten, im Bürgerhaale des Rathhauses stattfinden. Der erste Kunstabend wird am Montag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, abgehalten. Die Kunstabende folgen dann monatlich bis zum April. — In den Spielplan wurden zunächst aufgenommen für die I. Serie: „Göh von Werlichingen“ von Goethe im Berliner Theater, für die II. Serie im Metropol-Theater: „Die Komödie der Liebe“ von Henrik Wien, und als III. Serie im Berliner Theater: „Die Karlskrieger“ von Heinrich Laube, als Einleitung zu den diesjährigen Schüler-Festtagen der Freien Volksschule. Nähere Angaben folgen darüber in den Inseraten und der Monatschrift „Freie Volksschule.“

**Auf der Nordbahn** Friedmann wurde am Sonntag der Große Preis von Europa ausgefahren. Es waren im ganzen 14 000 M. für ein Hundertkilometer-Rennen ausgesetzt. Sieger wurde zu aller Verwunderung der Amerikaner Wallour; Robl verlagte völlig. Das Rennen war außerordentlich stark, vielleicht an 30 000 Personen besucht. Die Konkurrenz verliefen wie folgt: Großer Preis von Europa, 100 Kilometer: 1. Didentmann, 8 Min. 22,3 Sekunden. 2. Wallhour (19 Meter zurück). 3. Robl (70 Meter). 4. Hall (1140 Meter). 50 Kilometer: 1. Didentmann, 41 Minuten 1,4 Sekunden. 2. Wallhour (70 Meter zurück). 3. Robl (890 Meter zurück). 4. Hall (4950 Meter zurück). 1 Stunde: 1. Wallhour 72,990 Kilometer. 2. Didentmann, 72,240 Kilometer. 3. Robl, 71,080 Kilometer. — 100 Kilometer: Sieger Wallhour, 1 Stunde 23 Min. 18 Sek. 2. Didentmann (970 Meter zurück). 3. Hall (8500 Meter). — Hauptfahren 1000 Meter: 1. Scheuermann, 1 Min. 26,2 Sek. 2. Theise. 3. Wegener. — Reifrennen: 1. Scheuermann, 11 Min. 58 Sek. 2. Theise. 3. Wegener. Führungspreis: 1. Scheuermann, 3000 Meter: 1. Theise, 4 Min. 0,4 Sek. 2. Wegener. 3. Röder. — Tandemhauptaufen 2000 Meter: 1. Scheuermann-Wegener, 3 Min. 16 Sek. 2. Röder-Freudenberg, 3. Heering-Rühoff.

**Cirkus Busch** ist wieder hier. Bei einem großen Teil der Bevölkerung bedeutet die Wiederkehr des Cirkus den Beginn der „Saison“ und das Interesse, das die Berliner für die Ränke der Manege übrig haben, macht es erklärlich, daß bei der Eröffnungs-Vorstellung alle Plätze ausverkauft waren. Busch bietet altes und neues in abwechslungsreicher Fülle. Unter den alten Bekannten nennen wir außer dem Direktor selber vor allem Herrn Burghard-Footitt, der die hohe Schule mit unübertrefflicher Eleganz ritt. In Freizeitsdressuren leistet neben Herrn Busch Herr Ernst Schumann ganz vorzügliches; die Komik seiner von acht Fachschengeln ausgeführten Artillerie-Uebungen wirkt drastisch. Aufsehen erregt ebenfalls die französische Reiterfamilie Verusson, die auf dem Jagdwagen wie von Pferd zu Pferd halobredende Sprünge ausführt. Beim Anblick des Joverglowns Francois vergißt man das Unbehagen, das einem sonst beim öffentlichen Auftreten betrübter Menschen beifällt. Daß im Zeitalter tierischer Gelehrsamkeit der sieben Kreatur ein weites Spielraum eingeräumt ist, versteht sich. Zehn Elefanten, die von einem unheimlichen Herrn Philadelphia vorgeführt sind, erregen ihrer Klugheit halber gerechtes Erstaunen; blendender wirken allerdings die 15 Polarbären des Herrn Henriden, die ihre Künste unter allerhand pomphaftem Beiwert zeigen. Die kleine Welt wird sich für die dreifürstlichen Gänge des Clown's Pinta am meisten interessieren. Das Reuise im Cirkus ist ein Vortrag zur — Schonung des Pferdes. Ein Mittelmeister Grimsgaard aus Norwegen doziert vom Kaiser herab über die Grausamkeit, die in der Anwendung von Geißel und Peitsche liegt und reißt dann vorzüglich die hohe Schule ohne die Anwendung dieser althergebrachten Leut- und Zuchtmittel. Das neue Geißel ist im Cirkus zur Verächtigung ausgestellt. Zu rühmen ist, daß die einzelnen Nummern jetzt durchweg in viel kürzerer Zeit als früher ausgeführt werden.

**Aus den Nachbarorten.**

**Johannisthal.** In dem Konflikt zwischen der Gemeindevertretung und dem Gemeindevorsteher wegen der anderweitigen Unterbringung des Gemeinde-Amtes vom 1. April 1905 ab hat der Kreisaußschuß sich auf Seiten des Vorstehers gestellt. Der Kreisaußschuß erklärt die Verlegung für unpraktisch, weil das Gemeinde-Amt dann nicht mehr in der Mitte des Ortes liege (als ob dies auf das Funktionieren des Verwaltungsapparates von Einfluß wäre) und die Mehrbelastung der Gemeinde ja nur 550 M. pro Jahr betrage. Daß diese Mehrbelastung für eine Gemeinde, deren Einwohner meist dem Arbeiterstande angehören, die einen Kommunalzuschuß von 180 Proz. erhebt und die außerdem die Kanalisation des Ortes sowie die teilweise Höherlegung und Neupflasterung der Straßen vornehmen muß, eine recht fühlbare sein muß — daran scheint der Kreisaußschuß nicht gedacht zu haben, oder aber der Gemeindevorsteher hat dies dem Kreisaußschuß verschwiegen. Die Gemeindevertretung beschloß denn auch mit 8 gegen die 4 Stimmen des Vorstehers Röber und der Vertreter Nied, Wieland und Ostwald die Angelegenheit dem Bezirksauschuß zur Entscheidung zu unterbreiten. Nun fehlt nur noch, daß der Kreisaußschuß das Ansuchen des Gemeindevorstehers an die Gemeindevertretung gutheißt, mitten im Rechnungsjahr sein Gehalt — Lumpengehalt nennt er es geschmacklos — um 600 M. zu erhöhen, weil der zur Durchführung der Kanalisation angestellte Techniker 600 M. mehr pro Jahr erhält als er. Die Johannisthaler Steuerzahler können sich dann auf eine abermalige Erhöhung des Steuerzahler schlagen gefaßt machen. Unter diesen Verhältnissen wird der Wunsch ein allgemeiner, daß der Landrat, auf dessen Empfehlung hin der Vorsteher vor drei Jahren gewählt wurde, dem Herrn die Ausübung seiner früheren Thätigkeit in der Viktoriastraße 18 wieder ermöglicht.

**Gabe eines Wahnfinnen.** In einem Bahnsundanfall hat sich der frühere Versicherungsdirektor der Gesellschaft „Alliance“ Hans Müller in der Badewanne erschossen. Müller wohnte im vierten Stock des Hauses Knobelsdorffstr. 3 zu Charlottenburg; er war vor einiger Zeit wegen eines hochgradigen Nervenleidens von seiner Frau in eine Privatheilanstalt nach Pehndorf gebracht worden. Da aber die Frau die monatlichen Auskosten von 150 M. nicht zu bezahlen in der Lage war, wurde Müller auf ihren Antrag vor einigen Tagen aus der Anstalt als nicht gemeingefährlich entlassen. Am Sonnabend zeigte Müller wieder Spuren großer Erregtheit; er bedrohte seine Frau und seine im Alter von sechs und neun Jahren lebenden Kinder, und Frau Müller wollte deshalb ihren Namen wieder in eine Irrenanstalt überführen lassen. In diesem Zwecke wandte sie sich an die Revierpolizei. Da diese jedoch kein Attest des Kreisphysikus als Unterlage hatte, riet man der Frau, den Kranken wieder auf ihre Kosten unterzubringen und bestellte ihr für die Ueberführung einen Krankentransportwagen. Dieser traf dann auch bald vor dem Hause ein. Als sich die Krankenträger nach der Wohnung begaben, fanden sie die Korridorthür von innen verriegelt. Der Kranke, der sich vorher noch am Fenster gezeigt und wohl den Krankenträger, der mehrere Häuser weit zurück hielt, gesehen hatte, drohte jeden zu erschlagen. Als jetzt ein Schlosser, der mit den Krankenträgern und einem Schutzmännchen erschienen war, die Thür öffnen wollte, trachte im Inneren ein Schuß. Anstatt nun die Thür gewaltsam zu erschlagen, eilten sowohl der Krankenträger als auch die Schutzmännchen davon und überließen den Lebenden nun sich selbst. Die sich vor dem Hause ansammelnde, nach Hunderten zählende Menge sah nach einiger Zeit, wie sich der Kranke wiederum am Fenster zeigte. Die ganze Nacht über brannte Licht in der Wohnung, aber niemand wagte es, sich den Eingang zu erzwingen. Der Frau mit ihren Kindern verschaffte die Polizei Nachtquartier im Charlottenburger Bürgerhaue. Gestern früh um 9 Uhr wurde schließlich doch die Wohnung gewaltsam geöffnet; man fand nun Müller entseelt in der mit Wasser gefüllten Badewanne vor. Er hatte sich mit einem Revolver erschossen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe transportiert. — Der seltsame Fall dürfte wohl noch ein Nachspiel haben.

**Baumfrevel in kaiserlichen Gärten.** Die Potsdamer Korrespondenz meldet: Am Marstall des Kaisers beim Neuen Palais wurden in einer der letzten Nächte sämtliche Obstbäume von böswilligen Menschen derartig eingeschnitten, daß sie in Zukunft eingeben werden. Mehrere Bäume wurden bereits durch den Wind umgebrochen, die anderen werden verderben. Die Obsternte an diesen Bäumen steht dem Ober-Hofmarschallamt zu, welches darüber zu verfügen hat. Einige Tage vor dem nächtlichen Baumfrevel hatten aber Unbefugte bereits die Kepsel und Birnen abgeerntet, was zu einer großen Untersuchung Veranlassung gegeben hat. Man glaubt nun, daß das Einschneiden der Bäume auf Rache beruht, die nach Lage der Sache und bei der Abgeschlossenheit des Terrains nur ein mit den Verhältnissen Vertrauter ausgeführt haben kann. Schon vor zwei Jahren wurden beim kaiserlichen Marstall einmal die Stachelbeersträucher in ähnlicher Weise vernichtet. Die Verhaftung des Diebes, welcher kürzlich im Park von Sanssouci eine Anzahl wertvoller Bäume gestohlen hat, außerdem auch am Pfingstberg

einen Obstdiebstahl vollführte, ist bisher noch nicht gelungen. Die Potsdamer Staatsanwaltschaft verfolgt ihn jetzt fleißig. Es ist der mehrfach wegen Diebstahls verurteilte am 23. Dezember 1899 zu Schmalde geborene Arbeiter Oskar Stephan. Die Palmen dürfte er in Berlin, wohin er sich nach der That gewandt hat, verkauft haben.

**Ober-Schöneweide.** Heute, Dienstagmorgen 5 Uhr, findet in der Schulaula in der Frischenstraße die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Vernehmung der Zahl der Gemeindevorsteher. Errichtung eines Kaufmannsgerichtes. Obligatorische Fortbildungsschule.

**Vermischtes.**

**Die Abkühlung des Patriotismus** in Altona, worüber wir am Sonntag in unserm Bericht über die Kaiserparade allerdahin melden konnten, stellt sich als ein Stück Krieg im Frieden dar. Der amtliche Bericht der Samariter-Kolonie vom Roten Kreuz, der in den „Altonaer Nachrichten“ veröffentlicht wird, meldet, daß etwa 50 Fälle von Verletzungen behandelt worden sind. Indessen die bereits erwähnten Krankheitsfälle beziehungsweise Hilfeleistungen sind nur ein Randspiel gewesen gegen das, was die Mitglieder der vereinigten Sanitätskolonnen am Abend gelegentlich des Papierstreiches zu thun gehabt haben. Die Zahl der Unfälle stieg hier infolge des heengenen Raumes, auf dem sich 40 000 bis 50 000 Menschen zusammengedrängt hatten, in 8 U n g e m e s s e n e. Schließlich konnten die Mitglieder der Sanitätskolonne trotz ihrer Anstrengung nicht mehr die nötigen Notizen vornehmen. Aus dem Depot der Kolonne, der nächsten Apotheke, mußten alle Augenblicke Hoffmannstropfen usw. geholt werden. In den meisten Fällen, welche Hilfe nötig machten, handelte es sich um schwerere und leichtere Ohnmachtsanfälle, um Krämpfe, Knochenbrüche, Quetschungen, Wunden usw. Eine Frau verlor sehr viel Blut infolge Krampfadernbruchs und wurde ohnmächtig. Rasche Hilfe eines Samariters rettete ihr das Leben. An allen Orten lagen Kranke, so im Depot der Kolonne, Bahnenfelderstraße 61, im Sitzungszimmer des Rathhauses; hier lagen 15 Personen und viele saßen auf den Bänken; mehrere Mitglieder der Kolonne sowie Damen des Samariterdienstes waren unter Leitung von Herrn Dr. Soltzien mit der Pflege von Kranken betraut. Verletzte beschäftigt. Auf dem Platz zwischen Museum und der Tribüne lagen viele Kranke auf Strohschüttung. Es ist im ganzen von 60 Samaritern in etwa 300 Fällen Hilfe geleistet worden.

In der „Neuen Hamburger Zeitung“ findet sich folgende Mitteilung:

„Das Publikum steht ruhig und gelassen da und wartet der Dinge, die da kommen sollen. Da — — Gelimpfen . . . Jurid, jurid, wollen Sie zurück gehen!“ Klatsch, hat einer einen nicht zu sanften Rippenstoß. Alles drängt 20 Schritte zurück. Kaum ist die Ruhe hergestellt, da, jetzt wird Platz gemacht, das Publikum darf wieder vorgehen; zwei Minuten später kommt eine Abteilung Soldaten, die mit Gewehrlos und die beigegebenen Unteroffiziere mit fastigen Schnauzgeräten das Cirkusspiel des Juridgehens erneuern. Ueberall hört man Aufe der Entrüstung; dem einen ist ins Auge gestoßen, dem anderen ist die Hand gequetscht usw. Der Vorgang erinnert lebhaft an die russischen Studenten-Demonstrationen, wobei die Kosaken mit Peitschnuten die Menge bearbeitet haben, mit der Ausnahme, daß es hier ein Volk ist, welches friedliebend und patriotisch, seinen König und Kaiser sehen will und dazu unter allen Umständen ein Recht hat.“

Nach dem Hamburger „Fremdenblatt“ sind die Anordnungen, welche solch böses Blut erregt haben, direkt auf den Willen des Oberbürgermeisters Dr. Giese zurückzuführen. Dieser Herr ist ein sehr großer Patriot. Als Mitglied des Herrenhauses war er 1896 so schlecht wie nur irgend ein Schamacher auf die ausständigen Hofenarbeiter zu sprechen und 1898 bei der Feier des schleswig-holsteinischen Aufstandes von 1848 fielen Worte der Beleidigung gegen die Berliner Helden des 18. März aus seinem Munde. Der Kaiser hat ihn bei seiner letzten Anwesenheit in Altona zum Geheimen Ober-Regierungsrat ernannt.

Zur Abicht der Prinzessin Luise von Koburg schreibt Genosse Dr. Südekum dem „Neuen Montagblatt“ unter anderem: „Es ist kein Zufall, daß die belgische Königinmutter ihre Justiz gerade bei einem Socialdemokraten suchte; nur bei einem solchen glaubte sie sich gesichert, wie ja denn auch Kattafich seine Befreiung nur der unheimlichen, furchtlosen und energischen Vermittlung zweier österreichischer Socialdemokraten verdankt. Ich sehe darin ein Angehen dafür, daß alle Verleumdungen unserer Gegner den moralischen Kredit der Socialdemokratie nicht zu erschüttern vermögen. Mit der Widerlegung aller Wärdchen, die über die Flucht der Prinzessin verbreitet wurden, kann ich mich nicht aufhalten, es würde eine Arbeit von Tagen sein. Noch gestern „Neulle“ ein hiesiges Lokalblatt „fest“, daß ich nach Wien zu Verhandlungen mit dem ehereuerten Prinzen Philipp von Koburg gereist sei; ich erlaube mir, unterdessen in Wahlhausen in Thüringen ein Referat in einer Kommunalwählerversammlung zu halten.“

**Ueber eine Geschossexplosion auf einem italienischen Kriegsschiff** wird der „Agenzia Stefani“ in Rom vom Marineministerium mitgeteilt: Am 9. d. M. explodirte durch Zufall in der Geschosskammer des in den Gewässern von Traniulpo befindlichen Kriegsschiffes „Marco Polo“ ein 152 Millimetergeschos. Es wurde sofort Wasser in die Geschosskammer gelassen, um weiteren Unglück vorzubeugen. Von den zuerst in die Kammer geeilten Personen erlitten ein Matrose und zwei Heizer durch die Gase, die sich entwickelt hatten, eine schwere Vergiftung, an deren Folgen sie starben; 17 Personen erlitten leichtere Vergiftungen und befinden sich auf dem Wege der Besserung. Die Ursache der Explosion ist noch nicht sicher festgestellt; die Untersuchung darüber ist im Gange.

**Ein Familiendrama am Starnberger See.** Aus München wird gemeldet: Im Starnberger See, in der Nähe des Schloßgartens bei Berg, wurden gestern die Leichen einer 23jährigen Frau in schwarzer Trauerkleidung, eines 4jährigen Mädchens und einer anderthalbjährigen Knaben aufgefunden. Bei der Toten, die vermutlich aus Augsburg stammt, wurde ein größerer Geldbetrag gefunden.

**Prag, 12. September.** Heute früh 9 Uhr ist aus bisher unbekanntem Grund der Zug Nr. 566, welcher von Strabowka nach Prag abgelassen wurde, entgleist. Zwei Waggonen stürzten um. Ein Zugführer wurde getödtet, ein anderer schwer verletzt.

**Agram, 12. September.** Einer Blättermeldung zufolge wurde der Gerichtsrat Cacic wegen Vergewaltigungsvorwurfs einer Angeklagten seines Amtes enthoben.

**London, 12. September.** Nach dreijähriger Abwesenheit ist der Dampfer „Discovery“ aus dem antarktischen Meere zurückgekehrt und gestern im Hafen von Portsmouth eingelaufen. Die Bewässerung bereitete den Teilnehmern der Expedition (43 Mann) einen großartigen Empfang. Die Expedition hat großartige Erfolge sowohl in geologischer wie geographischer Hinsicht aufzuweisen. Das Schiff nahm Kurs nach dem Victoria-Land und drang in das große Eisgebiet ein, welches bis jetzt noch unentdeckt war, und das den großen antarktischen Kontinent bildet. Die Forscher drangen an Schlitzen bis zum Südpol vor. Der Führer der Expedition Kapitän Scott, drang bis zum 82,17 Grad vor und schlug somit den Rekord um 384 Kilometer. Er teilt mit, daß er große gebirgige Gebiete entdeckt hat, welche sich bis 82,20 Grad südlicher Breite erstrecken. Dies scheint darauf hinzuweisen, daß der Südpol in eine Reihe von Gebirgen ausläuft. Die Kosten der Expedition belaufen sich auf 125 000 Pfund. Während der Expedition starb nur ein Mann. Zwei Hilfsdampfer waren nach dem Süden abgegangen, um „ber Discovery“ Hilfe zu bringen. Der König gab Befehl, eine goldene Medaille prägen zu lassen, die jedem Teilnehmer ausgedrückt werden soll. Der Kapitän Scott wurde zum Schiffs-Kapitän ernannt.

**London, 12. September.** Aus Vancouver wird berichtet, daß dort zum erstenmal in Kanada ein Eisenbahnzug von Räubern überfallen wurde. Die Räuber bedrohten den Zugführer mit dem Tode. Sie erbrachten die Postkade und entwendeten 7000 Dollar.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
 Dienstag, 13. September.  
 Anfang 7 1/2 Uhr:  
 Opernhaus, Siegfried. (Anfang 7 Uhr.)  
 Neues Königl. Opern-Theater, Gellert.  
 Deutsches, Trübsal und Griefida.  
 Berliner, Im bunten Rod.  
 Vesting, Der Richter von Salamea.  
 Weiten, Gasparone.  
 Central, Tannhäuser-Parodie.  
 Anfang 8 Uhr:  
 Schiller O. (Wallner-Theater.) Das Heiratsnetz.  
 Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Johannisleuer.

Neues, Minna von Barnhelm, Kleines, Nachtasyl.  
 Residenz, Eine Hochzeitnacht.  
 Trianon, Ihr zweiter Mann.  
 Belle-Alliance, Die Dame aus Trouville.  
 Lützen, Der Hüttenbesitzer.  
 Deutsche Volksbühne, Die Räuber.  
 Metropol, Ein tolles Jahr.  
 Deutsch-Amerikanisches, Ueber'n großen Teich.  
 Apollo, Venus auf Erden mit Hans, das denkende Pferd.  
 Herrnsfeld-Theater, Nur eine Nacht.  
 Wintergarten, Spezialitäten.  
 Reichshallen, Stettiner Sänger.  
 Passagen-Theater, Dida.  
 Urania, Tannhäuser 48/49.  
 Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugs Spitze zum Watzmann.  
 Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Neues Theater.**  
 Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Minna von Barnhelm.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Morgen: Salome.

**Kleines Theater.**  
 Unter den Linden 44.  
**Nachtasyl.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Morgen: Des Pastors Rieks.

**Central-Theater**  
 Heute Anfang 8 Uhr:  
**Tannhäuser**  
 oder: Der Sängerkrieg.  
 Burlesque-Operette in 4 Akten von Joh. Nestor und Karl Binder.  
 Morgen und folgende Tage: Tannhäuser (Operette).

**Apollo-Theater.**  
 8 Uhr:  
**Venus auf Erden**  
 mit der von Paul Lincke Parodie Hans, das denkende Pferd, vorgeführt von Robert Steidl und Martin Kettner.  
 Ab 9 1/2 Uhr: Die grandiosen September-Spezialitäten.

**Urania.**  
 Taubenstr. 48/49.  
 Um 8 Uhr im Theater:  
 Von der Zugs Spitze zum Watzmann.  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
**CASTAN'S ANOPTICUM**  
 Friedrichstr. 165.

**Rosa**  
 das gelehrte Pferd!

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
 Täglich ab nachmittags 4 Uhr:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
 Gastspiel der Matrosenkapelle aus Guxhagen, Kaiserl. Musikdir. Stolle.  
 Eintritt 1 Mk., ab 6 Uhr 50 Pf.  
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
 In der Arena: Der See-Elefant.  
 Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder die Hälfte.  
 Besichtigung bis 8 Uhr abends bei elektrischer Beleuchtung.

**Luisen-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Hüttenbesitzer.**  
 Mittwoch: Der Goldbauer.  
 Donnerstag: Erstes Gastspiel Emil Thomas, zum erstenmal: Hofemanns Lötcher.

**Casino-Theater**  
 Ledbergstr. 37, Anf. 8 1/2, Sonnt. 7 1/2.  
 Gr. Erfolg d. glänzenden Programms.  
 „Die Kunst des Volkes“  
 9 1/2 Uhr: „Mutter Gräbert“

**National-Theater.**  
 Weinbergsweg 12a-13b.  
**Eröffnungsvorstellung:**  
**Figaros Hochzeit.**  
 Eröffnungstag wird noch bekannt gegeben. Abonnements werden bis 15. September täglich im Theaterbureau entgegengenommen. 25/13\*

**Trianon-Theater.**  
 Georgenstr. zwischen Friedrich- und Invalidenstr.  
**Ihr zweiter Mann.**  
 Lustspiel in 3 Akten von André Sylvaue und Maurice Prohaz.  
 Anfang 8 Uhr.

**Bernhard Rose-Theater**  
 Gesundheitsbrunnen, Badstraße 58.  
**Geschlossen.**  
 Sonntag, 18. September:  
 Beginn der Winter-Saison 1904.  
 Große Eröffnungsvorstellung:  
**Bajazzo u. Familie.**  
 Volkstheater in 4 Akten.  
 Anfang 6 Uhr.  
 Nach der Vorstellung: **Ball.**  
 Entrée 40 Pf. Reiterplatz Pl. 50 Pf. Sperrpl. 1 Mark.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
 Dienstagabend 8 Uhr  
**Das Heiratsnetz.**  
 Lustspiel in 3 Akten von Gustav Davis.  
 Mittwochabend 8 Uhr:  
**Medea.**  
 Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Medea.**  
**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater)  
 Dienstagabend 8 Uhr  
**Johannisleuer.**  
 Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.  
 Mittwochabend 8 Uhr:  
**Johannisleuer.**  
 Donnerstagabend 8 Uhr:  
 Zum erstenmal:  
**John Gabriel Borkman.**

**Thalia-Theater.**  
 Dresdenstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle-Alliancestr. 7/8.  
 Heute und folgende Tage abends 8 Uhr:  
**Die Dame aus Trouville**  
 Horbenk, Paulmüller, Bozema Bradsky, Heinz Gorkon, Elise Wannovius in den Hauptrollen.  
 Der erste Anlauf und an den bekannten Verkaufsstellen.

**Deutsche Konzert-Hallen.**  
 An der Spandauer Brücke 3.  
 Vollständig neu ausgestattet!  
 Täglich:  
 Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.  
 Special-Ausschank der Berliner Bock-Bräuerei.

**Cirkus Busch.**  
 Dienstag, den 13. September 1904, abends 7 1/2 Uhr:  
**Budapester Stierkämpfe.**  
 Großes Springpoureni.  
 Kletterfamilie Lecusson. 15 Polarbären, dress. u. vorgef. v. Mr. Hendiks, und die vorz. Programm-Nummern.

**Passagen-Theater.**  
 Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.  
 Anf. Sonnt. 3. Wehent. 5 Uhr.  
 Die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts.  
**Dida**  
 Pocahuntas, die indische Nachtigall.  
 Jean Paul, Komiker.  
 Little Carlsen, Karikaturen.  
 Lucie Verdier, Vortragskünstler.  
 14 erstklassige Nummern.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
 Köpenickerstr. 67.  
 Heute abend 8 Uhr!  
 Gastspiel Adolf Philipp.  
**Ueber'n großen Teich**  
 331. **GROSSEN TEICH**  
 Male:

**Victoria-Brauerei**  
 Lützowstr. 111/112.  
 Täglich im Garten oder Saal:  
**Korsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.**  
 Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
 Bons haben Gültigkeit.

**Residenz-Theater.**  
 Dir.: Richard Alexander.  
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Eine Hochzeitnacht.**  
 (Une Nuit de Noce.)  
 Schwant in 3 Akten von H. Réroul und H. Barce.  
 Sonntagnachm. 8 Uhr: **Nora.**

**Etablissement Buggenhagen**  
 Moritzplatz.  
 Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.  
 Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:  
**Konzert.**  
 Dienstags, Donnerstags, Sonntags:  
 Führmann-Wald-Sänger.  
 Sonntags abends im Kaiseraal: **Tanz.**

Nur noch kurze Zeit!  
**Flotten-Schauspiele**  
 Am Kurfürstendamm 153 — Straßenbahnlinien A, A/E, T, V, 91.  
**Größte Wasser-Schauspiele der Welt**  
 In die Luftsprengen von Kriegsschiffen.  
 Vorstellungen: Wochentags 4 und 8 Uhr.  
 Sonntags 3, 5 1/2, u. 8 Uhr.  
 Mittwochs: **Billiger Tag.**  
 Donnerstags: **Elftag** mit Feuerwerk.

**Deutsche Volksbühne.**  
 Im Carl Beck-Theater  
 Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Die Räuber.**  
 Trauerspiel in 5 Akten von Schiller.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Mittwoch u. Donnerstag: Remagen von Tharau.  
 Freitag: Die Räuber.

**W. Noacks Theater.**  
 Direktion: Rob. Ditt. Brunnstr. 16.  
**Geschlossen!**  
 Commabend, den 17. September ex.:  
**Eröffnung der Wintersaison**  
 mit **Der Galeerensklave**  
 Anfang 8 Uhr.

**Fröhels Allerlei-Theater**  
 St. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.  
 Heute keine Vorstellung.  
 Morgen Mittwoch:  
**Lezte** Vorstellung der Sommer-Spielzeit.  
 15 Attraktionen ersten Ranges.  
 Extra-Tanz. X Kaffeeküche.  
 Anfang 5 Uhr. Eintritt 30 Pf.

**Scala-Theater.**  
 Eichenstr. 132 (a. b. Friedrichstr.).  
**Sensationelles Programm!**  
**Löwy's Duell.**  
 Posse mit Gesang in einem Akt.  
**30 international. Spezialitäten.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Vor der Vorstellung: **Konzert.**

**Palast-Theater.**  
 Bürgerliche Schauspiele.  
 Burgstr. 22.  
**Jubiläum-Zeitraum. 10 Jahre.**  
 Um 8 1/2 Uhr: **Nochmal:**  
**Vom Himmel zur Hölle.**  
 Gr. Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 3 Akten v. Köppner und Gerde. Musik von Rentsch.  
 Balletts von Gledits.  
**Jupiter: Dir. R. Winkler.**  
 Vorher: **Nielsenhannumern** ersten Ranges.  
 Anfang 8 Uhr. Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

**Sanssouci.**  
 Stollbuscher Thor — Stat. der Hochbahn  
 Heute Dienstag:  
**Der Störenfried.**  
 Schauspiel in 4 Akten von Benschig.  
 Morgen Mittwoch:  
**Die Maurer von Berlin.**  
 Volksstück in 8 Bild. in 8 Bild.  
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger.**  
 Alle ausstehenden Vorzugskarten gelten.

**Reichshallen-Theater.**  
 Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
 Anfang: 8 Uhr.  
 Sonntag: 7 Uhr.

**Gebrüder Herrnsfeld-Theater**  
 Zum 183. Male  
 der größte Herrnsfeld-Schlager  
**Nur eine Nacht.**  
 2 Akte aus einer Ehe und  
**Am andern Morgen.**  
 Nachspiel zu „Nur eine Nacht“ mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.  
 Anfang — auch Sonntag — 8 Uhr.

**WINTER GARTEN**  
 Pas de Deux oriental.  
 Tilly Bébé mit ihren 12 Löwen.  
 Paula Worm, Operettensängerin.  
 Rudolf Segommer, Ventriloquist.  
 Severin und Mlle. Dorville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.  
 Nirvana, lebende Bilder.  
 Die Klein-Familie, Radfahrer.  
 Jane Perayn, Pariser Sängerin.  
 Die 8 Cocktails, Tanz-Ensemble.  
 Die Baggesens, komische Jongleure.  
 Die 3 Meteors, Hochturner.  
 Biograph, darstellend d. Ringkampf zwisch. Hackenschmidt u. Jenkins.

**Berliner Prater**  
 Theater  
 Kastanien-Allee 7-9  
 Täglich: Der rechte Weg.  
 Hermann Wohling, Humor.  
 Oly Mariotta, Sourette.  
 Foren-Schönen  
 van Niekerk u. Du Plessis.  
**Ein Liebes-Idyll.**  
 Pantomime.

**Turmstr. 76. Lachmann & Scholz Ottostr. 1.**

**Vorzugspreise zum Umzug. doppelte Rabatt-Marken.**

**Gardinen. Portieren.**  
 Gardinen, 2 x Band-Einfassung . . . Meter 65, 48, 26 Pf.  
 Gardinen, abgepasst, weiß und crème, . . . Fenster 4,65, 1,85 Mk.  
 Kongress-Stoff, glatt und gestreift . . . Meter 65, 48 Pf.  
 Stores, neueste Muster, weiß und crème, . . . Stück 3,35, 1,85 Mk.  
 Tüll-Bettdecken, weiß und crème, . . . für 1 u. 2 Betten 4,85, 3,65, 1,95 Mk.  
 Portieren, abgepasst, Streifen- und Blumen-Bordüren . . . 2,95, 1,55 Mk.  
 Portieren, Garnitur 2 Shawls, 1 Lambrequin 7,85, 4,85 Mk.  
**Decken. Läuferstoffe.**  
 Tischdecken, Wolle mit Fransen . . . 3,85, 2,65 Mk.  
 Tischdecken, Tuch mit Stickerei . . . 4,25, 3,65 Mk.  
 Plüschdecken, elegant bekurbelt . . . 9,85, 6,85 Mk.  
 Steppdecken, Exelsior-Satin . . . 5,90, 3,85 Mk.  
 Läuferstoffe in verschiedenen Breiten Meter 90, 65, 35 Pf.  
 Linoleum-Läufer . . . Meter 1,25 Mk., 90, 78 Pf.  
**Sofa-Teppiche** in Plüsch . . . Stück 16,35, 8,65 Mk.  
 Portierenstangen, komplett . . . 2,65, 2,05 Mk.  
 Gardinenstangen, Mahagoni oder Nussbaum 48, 33 Pf.  
 Leitungsschoner . . . 8 Pf.

**Porzellan.**  
 Kompott-Teller . . . 5 Pf.  
 Dessert-Teller . . . 9 Pf.  
 Kaffeekannen . . . 23 Pf.  
 Terrinen . . . 48 Pf.  
 Kaffee-Service, 9teilig dekoriert . . . 2,85 M.  
 Tassen, dekoriert . . . Paar 22 Pf.  
**Wirtschafts-Artikel.**  
 Schrubber . . . 28 Pf., 22 Pf.  
 Besen . . . 88 Pf., 58 Pf.  
 Handfeger . . . 45 Pf., 38 Pf.  
 Waschständer . . . 88 Pf., 48 Pf.  
 Putz- u. Wischkasten . . . 40 Pf.  
 Leitern, Stufe . . . 45 Pf.  
**Emaille.**  
 Eimer, 28 ctm. . . 78 Pf.  
 Salzmesten . . . 28 Pf.  
 Müllschippen . . . 45 Pf.  
 Arbeiterkannen o. Bügel . . . 45 Pf.  
 Kaffeeflaschen . . . 52 Pf.  
 Butzenscheibenpapier . Meter 65 Pf., 45 Pf., 38 Pf.

**Holz-Galanterie.**  
 Kleiderriegel (mit schwarzen Haken) 3 4 5 6 Haken  
 Stück 28, 38, 48 58 Pf.  
 Zeitungsmappen . . . 95 Pf., 48 Pf., 28 Pf.  
 Kammkästen . . . 58 Pf., 33 Pf.  
 Bürstentaschen . . . 1,45 Mk., 98 Pf., 48 Pf.  
 Eckbretter . . . 78 Pf., 48 Pf.  
 Cigarrenspind . . . 1,65 Mk., 78 Pf.  
 Paneel-Bretter . . . 50 60 70 80 ctm.  
 Stück 95, 1,45, 1,95 2,45 Mk.  
 Bauerntische . . . 2,95, 1,95 Mk.  
 Bauerntische mit Goldverzierung . . . 4,35, 3,65 Mk.  
 Salon-Säulen . . . 3,85, 2,95 Mk.  
 Blumenständer mit Porzellanteller . . . 38 Pf.  
 Vogelbauer . . . 3,45, 2,25, 1,45 Mk.  
 Käfigständer . . . 3,85, 3,45 Mk.  
 Papierkörbe . . . 1,35, 1,10, 0,85 Mk.  
 Etageren . . . 3,65, 2,95 Mk.  
 Wandteller . . . Stück 78, 48 Pf.  
 Wandbilder mit reisenden Landschaften . . . Stück 3,85, 2,95 Mk.  
 Frühstückskörbe . . . 55, 18 Pf.  
**Sämtliche Umzugs-Artikel**  
 wie Haken — Schrauben — Nägel und Zugstangen zu enorm billigen Preisen.

